Mittwoch, 9. Januar 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 7 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11; Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Rucksackbombe": Die umstrittenen atomaren Minisprengsätze der Amerikaner werden bis spätestens 1988 aus der Bundesrepublik abgezogen. Sie gehörten zu jenen 1400 Gefechtsfeld-Kernwaffen, deren Entfernung 1983 von der Nuklearen Planungsgruppe beschlossen worden war. (S. 4)

Gedenktakt: Der Bundestag wird voraussichtlich am 8. Mai in einer Sondersitzung des Endes des Zweiten Weltkriegs und der NS-Herrschaft vor 40 Jahren gedenken. Im Mittelpunkt soll eine Ansprache des Bundespräsidenten stehen. (S. 4)

Berliner Wahlen: Die Grünen sind vom Landeswahlausschuß nur unter Vorbehalt zugelassen worden. Sollte der Bundesverband wie angekündigt die Berliner Grünen ausschließen, wird erneut beraten. (S. 4)

Palästinenser: Eine neue Friedensinitiative zur Lösung der Palästinenserfrage kündigte der frühere österreichische Bundeskanzler Kreisky an. Im Februar will er nach Israel und in die USA reisen.

Neue Doktrin: Der griechische Kabinettsrat für Äußeres und Verteidigung hat eine neue Verteidigungsdoktrin gebilligt. Sie geht davon aus, daß Griechenlands Sicherheit nicht von der UdSSR, sondern vom türkischen NATO-Partner bedroht wird. (S. 5)

Israel: Regierungschef Peres befiel gestern den für Sicherheitsfragen zuständigen Sonderausschuß des Kabinetts zu dringenden Beratungen über die Zukunft der Militärverhandlungen mit Libanon ein. Dabei geht es auch um einen einseitigen Abzug aus Libanon und die Rolle Syriens. (S. 5)

Entführung: Der am Donnerstag in Beirut entführte Schweizer Diplomat Eric Wehrli ist von schiitischen Milizen befreit worden, als seine Entführer ihn in ein anderes Versteck bringen wollten. Wenige Stunden später wurde auf offener Straße der amerikanische katholische Pfarrer Lawrence Jenco verschleppt. (S. 5)

Apartheid: Sieben führende Wirtschaftsverbände Südafrikas, deren Mitglieder 80 Prozent der Arbeitnehmer des Landes beschäftigen, haben von der Regierung die Aufhebung der Rassentrennung verlangt.

Reagan: Die Popularität des US-Präsidenten hat den höchsten Stand seit Beginn seiner ersten Amtszeit erreicht. In einer Meinungsumfrage zeigten sich 65 Prozent der Befragten mit seiner Amtsführung zufrieden.

Heute: Pressekonferenz Reagans zu Genfer Gesprächen. – NRW-Ministerpräsident Rau beginnt „DDR"-Besuch. – FDP-Präsidium tagt in Berlin.

ZITAT DES TAGES



„Ich werde keine unbedachten Versprechungen machen, aber auch nicht in Euro-Pessimismus verfallen"

Jacques Delors, neuer Präsident der EG-Kommission, in einer Pressekonferenz nach seinem Amtsantritt (S. 10)
FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Ärzteschwemme: In der Bundesrepublik werden nach Darstellung des Zentralinstituts für kassenärztliche Versorgung bis 1995 112 000 Ärzte neu approbiert werden. Davon würden rund 50 000 keine Weiterbildungsstellen in Krankenhäusern finden. (S. 11)

Bangemann: *Der massive Ausfuhrüberschuß* Japans ist das beherrschende Thema der gestern begonnenen Gespräche des Bundeswirtschaftsministers in Tokio. Regierungschef Nakasone beauftragte seine Fachminister, bis Ende März neue Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes vorzuschlagen. (S 11)

Ölmarkt: Die Weltrohölförderung ist im vergangenen Jahr erstmals seit 1979 wieder gestiegen. Mit rund 2,7 Milliarden Tonnen wurden knapp zwei Prozent mehr gefördert als im Vorjahr. (S. 11)

Börse: Zum Teil hausseartige Kurssteigerungen gab es am deutschen Aktienmarkt. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 166,1 (164,5) einen neuen Höchststand. Am Rentenmarkt wurden öffentliche Anleihen leicht höher bewertet. BHF-Rentenindex 102,735 (102,715). Performance-Index 99,993 (99,945). Dollar-Mittelkurs 3,1385 (3,1767) Mark. Goldpreis je Feinunze 302,00 (298,25) Dollar.

KULTUR

Geistliche Musik: Wie kaum ein anderer Ort ist Jerusalem berufen, die Traditionen geistlicher Musik zu pflegen. Ein vorzügliches Forum bietet die „Liturgika", ein vor sieben Jahren erstmals veranstaltetes interkonfessionelles Musikfestival. (S. 17)

Puppen: Deutschen Spielpuppen aus der Zeit zwischen 1880 und dem Zweiten Weltkrieg, ein Sammelgebiet, das neuerdings besonders unter Frauen vehement an Beliebtheit gewinnt, hat das Museum für Deutsche Volkskunde in Berlin jetzt eine Ausstellung ge-

SPORT

Fußball: Das Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Ungarn am 29. Januar in Hamburg (20.15 Uhr) wird live im Fernsehen übertragen. Die Sendeanstalt dafür steht allerdings noch nicht fest.

Ski: Der Schweizer Thomas Bürgler gewann in Schladming den Weltcup-Riesentorlauf. Zweiter wurde der für Luxemburg startende Österreicher Girardelli vor Bürglers Landsmann Hangl.

AUS ALLER WELT

Scholl: In der Affäre um den angeblichen Raubüberfall des früheren FDP-Spitzenpolitikers prüft die Polizei, ob auch Familienangehörige eventuell mit dem Verbrechen zu tun haben. Zeugen wollen eine Frau und ein Kind im Fluchtauto gesehen haben. (S. 18)

Stolze Zoo-Inventur: Mit 10 542 Tieren und 1579 Tierarten bleibt der Zoologische Garten in Berlin der größte der Welt vor dem Tierpark in San Diego (USA).

Wetter: Bedeckt, teilweise Schneefall. Um 5 Grad minus.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Dregger: Wichtiger als die Grenzfrage ist die Freiheitsfrage

Plädoyer für Ergänzung des Schlesier-Mottos / Gespräch mit der WELT

DW. Bonn

In der aktuellen Diskussion um die Oder-Neiße-Linie hat der CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger an die Absicht des sowjetischen Diktators Josef Stalin erinnert, „ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen" zu stiften. In einem Interview mit der WELT, in dem Dregger eine Nuancierung des umstrittenen Mottos des Schlesier-Treffens befürwortete, appellierte der Unionspolitiker an beide Seiten, zu erkennen, daß die Freiheitsfrage wichtiger sei als die Grenzfrage. Er erinnerte an die Verpflichtung, daß die deutsche Frage völkerrechtlich nur in einem Friedensvertrag geregelt werden kann. Mit Dregger sprach Thomas Kielinger.

WELT: Die Landsmannschaft Schlesien hat ihr nächstes Treffen unter das Motto gestellt „Schlesien bleibt unser". Was meinen Sie dazu?

Dregger: Die Westverschiebung Polens, das heißt die Annexion Ost-Polens durch die Sowjetunion, die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Deutschland und die Umsiedlung der Ost-Polen in die Heimat der Ost-Deutschen (unter anderem Schlesien), war eine Operation, die Stalin durchgesetzt hat. Sie hatte auch zum Ziel, ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zu stiften. Ich warne Polen und Deutsche davor, dieses Vermächtnis Stalins zu erfüllen. Wichtiger als die Grenzfrage ist für beide Völker die Freiheitsfrage.

Was das Motto angeht: es sollte eindeutiger das ausdrücken, was die Schlesische Landsmannschaft nach ihren eigenen Angaben gemeint hat. Dazu könnte es zum Beispiel um einen Buchstaben und ein Wort ergänzt werden, etwa wie folgt: „Schlesien bleibt unsere Heimat." Daran würden *auch einige Leute Anstoß nehmen*, aber zu Unrecht. Auch wenn man in unmenschlicher Weise aus der Heimat vertrieben wird, bleibt dieses Land Heimat.

WELT: Wie kann nach Ihrer Vorstellung die Zukunft Schlesiens aussehen?

Dregger: Es wird nicht wieder so sein, wie es vor 1945 war. Aber, ich denke, es wird auch nicht so bleiben, wie es zur Zeit ist. Das Chaos, das der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, kann völkerrechtlich nur in einem Friedensvertrag geregelt werden, den diejenigen abschließen, die in Zukunft als Nachbarn neben- und miteinander leben werden. Das sind Polen und Deutschland. Ein solcher Friedensvertrag setzt die Überwindung der Teilung Europas und die Rückgewinnung des Selbstbestimmungsrechts für das polnische und das ganze deutsche Volk voraus.

WELT: Moskau überzieht die Bundesrepublik Deutschland mit einer Revanchismuskampagne. Ist sie berechtigt?

Dregger: Nein. Revanchistische Politik läge weder im Interesse der Deutschen noch der Polen. Sie läge allenfalls im Interesse des sowjetischen Imperialismus. Sobald sie beide frei sind und über sich selbst bestimmen können, werden Polen und Deutsche sich ebenso versöhnen, wie Deutsche und Franzosen sich versöhnt haben. Polen ist eine europäische Brudernation, die nach eigenem Selbstverständnis zum Abendland gehört. Sie sollte wie wir Deutschen ihren Platz unter dem Dach eines freien und einigen Europas finden, das mit der Sowjetunion ebenso wie mit allen anderen Völkern in Frieden lebt. Ich bin überzeugt, daß eine solche Zukunftsperspektive die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Polen und Deutschen findet. Sie liegt auch im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion, für die es immer schwieriger und kostspieliger werden wird, Polen und Teile Deutschlands gegen ihren Willen im sowjetischen Imperium festzuhalten.

DER KOMMENTAR

Konsequenz

ENNO v. LOEWENSTERN

Es ist verblüffend, nach all den sozialdemokratischen Anschlüssen an die so oft gewalttätigen und gewaltrechtfertigenden Straßenaktionisten jetzt von zwei prominenten Sozialdemokraten den Ruf nach dem Kontaktsperregesetz zu hören. Nach Emmerlich spricht Wernitz von Konsequenz, Härte und Anwendung des Gesetzes in „voller Schärfe". Auch er sieht als Folge des seit Dezember inszenierten Hungerstreiks und der um die Jahreswende gelegten Bomben die Gefahr, daß die „Gewalt gegen Sachen" zu Attentaten gegen führende Repräsentanten von Staat und Wirtschaft eskaliert.

In der ersten Überraschung könnte manch ein Kulissenblicker vermuten, hier werde späte Rache an der FDP geübt. War es nicht so, daß fast die ganze SPD und die ganze Union seinerzeit ein viel strengeres Gesetz wollten – die Überwachung aller Gespräche zwischen Rechtsanwälten und ihren Mandanten, wenn letztere wegen schwerer Verbrechen (nicht allein terroristischer Taten) inhaftiert sind ? Damals hatte die FDP das Parlament zu einer weit weniger effektiven Regelung in Form des Kontaktsperregesetzes gezwungen.

Damals hatte es die ersten ernsthaften Spekulationen über eine Abstimmung quer durch die Parteien ohne Rücksicht auf Koalitionsbindungen gegeben, ehe die SPD sich zähneknirschend unterwarf. Könnte es SPD-Politikern interessant erscheinen, jetzt einen Keil in die neue Koalition zu treiben? Das ist sicherlich nicht das Motiv. Über die jeweilige Anwendung der Kontaktsperre entscheiden heute die Justizbehörden, nachdem dies Gesetz nun einmal in all seiner Unzulänglichkeit erlassen wurde.

Wir dürfen wohl davon ausgehen, daß hier zwei Politiker wirklich nach ihrem Gewissen gesprochen haben. *Um so verblüffter* ist man als nächstes über die Reaktion des Sprechers der Bundesanwaltschaft: Für „Hysterie" bestehe „keinerlei Veranlassung".

Am sogenannten Hungerstreik beteiligen sich dreißig wegen Terrorismus Verurteilte oder Beschuldigte. Offensichtlich steht dahinter wieder, wie bei allen früheren Vorgängen dieser Art, die lenkende Hand bestimmter Anwälte. Hier werden nicht nur In*formationen verbreitet, sondern* hier werden Menschen durch Drohung in das Risiko des Todes getrieben. Hier werden darüber hinaus im ersten größeren Manöver die Disziplin und Aktionsfähigkeit der mühevoll neu aufgebauten Terrorbanden samt ihrer Handlanger draußen durchexerziert. „Hysterie"? Auf welche Katastrophe will man warten, ehe man offene kriminelle Umtriebe in den Strafanstalten unterbindet?

Nach drei Sitzungen Schweigen in Genf

Shultz und Gromyko gaben sich locker / Beide Seiten wahren strikte Diskretion

BERNT CONRAD, Genf

Unter strengster Abschirmung gingen gestern die zweitägigen Genfer Gespräche des amerikanischen Außenministers George Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko über die Möglichkeit neuer Abrüstungsverhandlungen in ihre letzte Runde. Beide Seiten hatten eine absolute Nachrichtensperre verhängt, so daß bis zum Abschluß keinerlei Informationen über den Verlauf der Beratungen vorlagen, die am Vormittag zwei Stunden und achtzehn Minuten dauerten und am Nachmittag fortgesetzt wurden.

An die Öffentlichkeit drangen nur atmosphärische Nuancen. Auffallend war, daß Gromyko schon am Montagnachmittag in der US-Botschaft aufgelockerter wirkte als beim morgendlichen Gesprächsbeginn in der Sowjetbotschaft. War anfangs noch von einem „geschäftsmäßigen" Klima die Rede gewesen, so sahen amerikanische Reporter den 75jährigen Sowjetveteranen beim zweiten Gespräch „außergewöhnlich angeregt" parlieren und lauthals lachen. Beide Minister diskutierten vor den Photographen über die beste Technik beim Aufzeichnen von Gesprächsnotizen. Dabei gab Shultz mit einem gelben Kugelschreiber praktische Anleitungen. Irgend jemand rief Gromyko zu: „Haben Sie bei Ihren Notizen alles mitbekommen?" Darauf der Russe: „Alles perfekt." Dann stimmte er in das allgemeine Gelächter ein.

Ziemlich entspannt entwickelte sich am Montagabend auch ein amerikanischer Empfang bei Scotch, Wodka und Bourbon. Shultz und Gromyko erschienen auf der Party kurz vor 19 Uhr lächelnd und in offensichtlich guter Laune. „Wir haben eine Abmachung, wie wir diesen Raum betreten", verkündete der US-Außenminister schmunzelnd. „Er (Gromyko) geht links, und ich gehe rechts." Breites Gelächter. Gegenüber Journalisten verweigerte der sowjetische Chefdiplomat jede Auskunft. „Keine Interviews. Nicht fair," erklärt er heiter.

Allzu erbittert können die vorausgegangenen Debatten angesichts dieser demonstrativen Lockerheit kaum verlaufen sein. Doch das besagt noch nichts über den Grad möglicher Übereinstimmung oder den Umfang fortbestehender Sachdifferenzen, besonders in dem entscheidenden Streitpunkt: dem von Moskau scharf abgelehnten amerikanischen Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigung" im Weltraum.

Wie strikt die Geheimhaltung des Sachstandes in Genf von den Amerikanern gehandhabt wurde, zeigte ein Vorfall um Mitternacht im Café des Interconti-Hotels: Dort saßen an einem Tisch prominente Washingtoner US-Korrespondenten und am Nebentisch ihnen sehr vertraute Mitglieder der amerikanischen Delegation. Es gab keinen Kontakt von Tisch zu Tisch. Als die Journalisten einen später dazukommenden US-Diplomaten aufforderten, doch kurz bei ihnen Platz zu nehmen, rief der entsetzt: „Ich will doch nicht rausgeworfen werden."

Das war kein Witz, sondern eine Folge der von Präsident Ronald Reagan schon bei der internen Vorbereitung der Genfer Gespräche verordneten absoluten Diskretion. Auf Weisung des Präsidenten mußten alle da-

● Fortsetzung Seite 10

Entführung „ganz oben beschlossen"

DW. Thorn

Der polnische Geheimpolizei-Hauptmann Grzegorz Piotrowski, der wegen der Entführung und Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko in Thorn vor Gericht steht, hat gestern ausgesagt, die Entscheidung zur Entführung des Pfarrers sei „ganz oben" gefällt worden. Piotrowski zeigte sich davon überzeugt, daß ein stellvertretender Innenminister von dem Plan gewußt habe, ohne aber dessen Namen zu nennen. Allerdings war bereits am Montag bei der Zitierung früherer Vernehmungsprotokolle der Name eines Vizeministers, General Ciaston, genannt worden.

Piotrowski betonte, er habe seinen zwei Untergebenen gesagt, der Beschluß sei nicht auf Abteilungsebene gefaßt worden. „Für mich war die niedrigste Ebene, die eine solche Entscheidung getroffen haben könnte, ein stellvertretender Minister." Auf eine Nachfrage des Richters, was ihn zu dieser Annahme veranlaßt habe, antwortete der Hauptmann, er habe den Führungsstil gekannt und „gewußt, wer es sich leisten konnte, eine solche Entscheidung zu treffen. Also ist es klar, daß die Entscheidung ganz oben getroffen wurde". Ihm sei stets bedeutet worden, daß die Entführung „auf höherer Ebene autorisiert" sei. Nun erkenne er jedoch, nie einen Beweis dafür in der Hand gehalten zu haben, daß es einen „Kopf" gebe. Der Richter hakte nach: „Also hat es nie einen Kopf gegeben?" Piotrowski breitete die Arme aus und antwortete: „Vielleicht ist es besser, daß es keinen Kopf gibt."

Nur geringer Anstieg der Arbeitslosigkeit

PETER JENTSCH, Bonn

Die „ein wenig bessere Konjunktur" sowie die milde Witterung Ende 1984 haben nach Darstellung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, zu einem „für einen Dezember geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit" geführt. Insgesamt ist die Arbeitslosenzahl im Dezember auf 2 325 183 gestiegen; das sind 135 992 Arbeitslose mehr als im November. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 8,8 auf 9,4 Prozent.

Die milde Witterung sowie die konjunkturelle Verbesserung kommen, so Franke, in der Entwicklung der saisonal bereinigten Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck, die auf 2,230 (2,252) Millionen abnahm. Das gelte auch für die Zahl der Kurzarbeiter, die sich zwar gegenüber November um 11 036 (4,3 Prozent) auf 268 419 erhöhte. Gegenüber Dezember 1983 ging sie jedoch um 47,7 Prozent zurück.

Auch das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen betrachtet die Entwicklung der Arbeitslosigkeit optimistisch. Zwar waren Ende Dezember im größten Bundesland 720 000 Menschen arbeitslos gemeldet, was einer Steigerung von 17 600 Arbeitslosen (2,5 Prozent) entspricht. Das Amt hob gestern aber hervor, daß der Dezemberanstieg der Arbeitslosigkeit in den vergangenen vier Jahren jeweils deutlich höher lag, und zwar zwischen 24 000 im Jahre 1983 und gut 41 000 Ende 1981. Die Zahl der Kurzarbeiter hat an Rhein und Ruhr Ende 1984 gegenüber Ende 1983 um gut die Hälfte auf 62 000 abgenommen.

Seite 2: Höhepunkt überschritten

Wieder Diskussion über Kontaktsperre

Wernitz (SPD): Von inhaftierten Terroristen darf keine Gefahr mehr ausgehen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Serie neuer Terror-Anschläge in den vergangenen Wochen hat in Bonn die Diskussion um eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen aufleben lassen. Doch während der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Axel Wernitz (SPD), die Möglichkeit einer Wiedereinführung des Kontaktsperregesetzes in voller Schärfe ansprach, damit von inhaftierten RAF-Terroristen keine Gefahr mehr ausgehen könne, warnte der Sprecher des Generalbundesanwalts Kurt Rebmann, Alexander Prechtel, vor „Hysterie", für die „keinerlei Veranlassung" bestehe.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Alfred Emmerlich, davor gewarnt, „die heraufziehende Gefahr zu unterschätzen", die sich in den neuen Anschlägen zeige. An der „Unerbittlichkeit" der Terroristen habe sich nichts geändert. „So *unangenehm" dies auch sei, so müß*ten doch „sämtliche früheren Maßnahmen" zur Sicherung von Personen und Einrichtungen wieder in Kraft gesetzt und die „Kommunikationsstränge" zwischen inhaftierten und freien Terroristen „zerschnitten" werden.

Wernitz hat diesen Gedanken jetzt in der Hannoverschen Neuen Presse aufgegriffen und „Konsequenz und Härte bis hin zur Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen" gefordert. Wenn nicht das Kontaktsperregesetz „in voller Schärfe" wieder eingeführt werde, sei es nur noch eine Frage der Zeit, wann die neue RAF-Generation es nicht mehr bei Gewalt gegen Sachen belasse, sondern auch Attentate auf Repräsentanten des Staates ausübe.

Doch während Emmerlich selbst gegenüber dpa diese Worte seines Fraktionskollegen abschwächte und *darauf* verwies, *daß es bisher über*haupt keine Erleichterungen beim Kontaktsperre-Gesetz gebe, die rückgängig gemacht werden müßten und es im Gegenteil „in der SPD entsprechend unserem Vorbehalt bei Erlaß des Kontaktsperre-Gesetzes und der Terrorismus-Gesetzgebung insgesamt zu einer Überprüfung auch des Kontaktsperre-Gesetzes" kommen werde, war die Ablehnung des Generalbundesanwalts noch deutlicher: „Die Verhängung der Kontaktsperre muß dem Gebot der Verhältnismäßigkeit entsprechen, und für ein so starkes Kaliber gibt es derzeit überhaupt keine Notwendigkeit."

Während auch vom innenpolitischen FDP-Fraktionssprecher Burkhard Hirsch kritisiert wurde, daß derzeit „keine Veranlassung zu unbedachtem Krisengeschwätz" bestehe,

■ Fortsetzung Seite 10

Zwei Abgasgrenzwerte für Altwagen?

Koalitionsgespräch über Experten-Vorlage / Umstellung läuft schneller an als erwartet

HEINZ HECK, Bonn

Vor dem heutigen Koalitionsgespräch über die steuerliche Entlastung nachgerüsteter Altfahrzeuge zeichnet sich ab, daß es voraussichtlich doch zwei zusätzliche Abgasgrenzwerte geben wird. Mit einer solchen Staffelung bei etwa 30 und 50 Prozent der Grenzwerte für Neufahrzeuge würde eher dem Anliegen von Innenminister Zimmermann Rechnung getragen. Finanzminister Stoltenberg hatte sich dagegen bisher aus Gründen der Übersichtlichkeit für nur einen Grenzwert ausgesprochen.

Die Experten der Ministerien haben nach mehreren Sitzungen auch gestern noch an der Vorlage für das heutige Gespräch der Koalitionsexperten gearbeitet. Zeitdruck herrscht auch deshalb, weil die Altwagenregelung zusammen mit dem Gesetz über die Steuerbefreiung für Neufahrzeuge, das sich in der parlamentarischen Beratung befindet, verabschiedet werden soll.

Wie in der gestrigen Ausgabe berichtet, werden die Besitzer von nicht nachgerüsteten Altfahrzeugen von 1986 an mit einer Kfz-Steuer um 20 Mark je hundert Kubikzentimeter rechnen müssen (im Gesetzentwurf war noch eine Erhöhung von derzeit 14,40 auf 16 Mark vorgesehen). Nur eine so kräftige Erhöhung kann nach Meinung der Experten bei dem voraussichtlichen Interesse an steuerbegünstigter Nachrüstung noch eine aufkommensneutrale Regelung gewährleisten.

Damit kommt man bereits in die Nähe des von 1986 an geplanten Kfz-Steuersatzes von 21,60 Mark für Neufahrzeuge ohne Katalysator. Jedoch nährt die jüngste Entwicklung der Nachfrage nach Katalysator-Fahrzeugen die Vermutung, daß der Umstellungsprozeß am deutschen Automobilmarkt wesentlich rascher vollzogen sein wird, als bisher zum Beispiel von Innenminister Zimmermann befürchtet. Gelänge der Industrie die rasche Umstellung ihrer Fahrzeuge auf Katalysatorbetrieb im Laufe dieses Jahres, so käme der „Strafsteuer" von 21,60 Mark mangels Masse kaum noch Bedeutung zu.

Vor allem die *Automobilindustrie* zeigt Interesse an einer differenzierten steuerlichen Entlastung für Altfahrzeuge. Sie erhofft sich davon eine Entlastung des Kfz-Marktes, bis die Umstellung auf die neue Autogeneration technisch abgeschlossen ist. Die Bundesregierung hat auf eine Kleine Anfrage der Grünen erklärt, sie erwäge „gegenwärtig nicht, Sondermittel für die Umrüstung" von Bundesfahrzeugen zu bewilligen, da noch keine wirtschaftlich und technisch ausgereiften Verfahren dafür vorhanden seien.

Kampfkraft der Khmer bleibt ungebrochen

Vietnamesen überrannten Hauptquartier der Befreiungsfront

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Unter intensivem Artillerie- und Panzerbeschuß haben vietnamesische Elitetruppen das schwer befestigte militärische Hauptquartier der Nationalen Befreiungsfront (KPNLF) überrannt und die etwa 5000 Verteidiger zur Aufgabe ihres Lagers „Ampil" gezwungen. Dabei zerstörte ein Volltreffer auch die Kommandozentrale des militärischen KPNLF-Chefs, General Din Del. Politisch untersteht die KPNLF der Führung des ehemaligen kambodschanischen Premierministers Son Sann.

Die KPNLF-Truppen haben sich zur Rückeroberung dieses strategisch wichtigen Lagers neu formiert. Dies hat der thailändische Oberbefehlshaber, General Arthip, vor der Presse in Bangkok erklärt. Nach seiner Darstellung haben die Vietnamesen das Khmer-Lager mit über tausend Runden schwerer Artillerie bombardiert, Hanois Infanterie wurde von 20 Panzern unterstützt.

Psychologisch ist der Verlust von „Ampil" ein schwerer Schlag für die Son-Sann-Gruppe, die insgesamt 15 000 bewaffnete Kämpfer zählt. Keinesfalls aber sind damit die Kampfkraft und der Kampfeswillen dieser nichtkommunistischen Widerstandsgruppe gebrochen.

Bei den jüngsten Kämpfen sind über hundert Geschosse vietnamesischer Artillerie auf thailändischem Boden eingeschlagen. Tausende Bewohner thailändischer Grenzdörfer mußten ins Landesinnere fliehen. Mehr als 130 000 Zivilisten sind inzwischen nach Thailand geflohen. Vietnamesische Artilleristen haben am Montag auch ein Aufklärungsflugzeug der thailändischen Luftwaffe vom Typ A-37 abgeschossen.

In Peking hat unterdessen der chinesische Außenminister Wu Xueqian in einem Gespräch mit Prinz Sihanouk den antivietnamesischen Widerstandsgruppen den „vollen und anhaltenden Beistand" versprochen. Sihanouk, der Chef der Drei-Parteien-Koalition, will im nächsten Monat zu einer Kabinettsitzung der Widerstandskoalition in das thailändisch-kambodschanische Grenzgebiet reisen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Höhepunkt überschritten

Von Peter Gillies

Die Arbeitslosigkeit bleibt die gewichtigste innenpolitische Herausforderung. Im Jahresdurchschnitt 1984 waren 2,266 Millionen erwerbslos gemeldet, fast genausoviel wie im Jahr zuvor. Hoffnung ist aus der Statistik nur in homöopathischen Dosen zu ziehen. Zwar bewegt sich die absichtsvoll beschworene Horrorvision von drei, vier oder mehr Millionen Arbeitslosen fern jeder Realität, indes ist auch auf mittlere Sicht Vollbeschäftigung nicht absehbar.

Filtert man jedoch die Saison-Einflüsse aus der Statistik heraus, ergibt sich seit August 1984 eine stete Verbesserung der Lage. Im vergangenen Jahr hat sich die Kurzarbeit nahezu halbiert, es wurden rund zwölf Prozent mehr offene Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet.

Daß der Sozialstaat daran nicht zerbricht, ist Gütesiegel und Herausforderung zugleich. Man mag die Ungeduld derer verstehen, die durch Griff in die Staatskasse Arbeitsplätze „beschaffen" möchten, aber sie wäre ein schlechter Ratgeber. Die Erfahrungen ermuntern nicht. Noch frisch in der Erinnerung ist das Bauprogramm von 1982, das unter Milliardenkosten „ankurbelte", aber keine nachhaltigen Beschäftigungswirkungen zeitigte. Vielmehr ist die Krise der Bauwirtschaft nur aufgeschoben, keineswegs aufgehoben worden.

Der sibirisch-kalte Jahresbeginn dürfte die Arbeitslosenzahlen nochmals emportreiben, aber in diesem Jahr werden sie bereits für kurze Zeit die Zwei-Millionen-Marke unterschreiten. Mit aller Vorsicht deshalb die Prognose: der Höhepunkt der Beschäftigungskrise ist überschritten. In den USA wurden in einem Jahrzehnt rund zwanzig Millionen Arbeitsplätze geschaffen, in der Bundesrepublik ging dagegen eine Million verloren. Je opulenter die Absicherung bestehender Arbeitsplätze ist, desto schwerer ist es, unter hohen Kosten neue einzurichten.

Vieles spricht jedoch dafür, daß dem schwungvollen Export eine Investitionsbelebung folgt. Die Personalplanungen springen in den meisten Branchen auf Grün. Das ist bei einem erstarrten Arbeitsmarkt schwieriger als auf flexiblen wie in den USA. Das deutsche Beschäftigungswunder dauert etwas länger.

Warnung an Washington

Von Werner Thomas

Die Regierung von Honduras hat den „Contras" die Tür gewiesen. Sie will nicht mehr dulden, daß die antisandinistischen Guerrilla-Verbände von honduranischem Gebiet den Krieg gegen das marxistische Nicaragua führen. Am Wochenende wurde der Indianerführer Steadman Fagoth Muller festgenommen. Er soll nach Miami abgeschoben werden.

Diese Entscheidungen lösten in Mittelamerika und Washington Überraschung und Verwirrung aus. Ändert der bisher engste Verbündete der USA in dieser Region seinen Kurs?

Außenminister Edgardo Paz Barnica erläuterte, sein Land wolle den „Souveränitätsanspruch" unterstreichen und „mit den Nachbarn in Frieden leben". Diplomatische Beobachter glauben jedoch, daß hinter diesen Entwicklungen auch die Absicht steht, ein warnendes Signal an Washington zu senden.

Das Verhältnis zwischen Honduras und den USA war nie so harmonisch, wie es schien, obgleich die Regierung der Präsidenten Roberto Zuaso Cordova die antisandinistischen Partisanen lange unkontrolliert gewähren ließ, obgleich die Streitkräfte beider Nationen eine Reihe gemeinsamer Manöver durchführten und obgleich die Vereinigten Staaten Stützpunkte und eine Militärschule einrichten durften. In Honduras gab es immer Leute, denen Washingtons Wünsche zu weit gingen. Paz Barnica zählt dazu.

Diese Kritiker haben nun Auftrieb erhalten durch die Konfusion in Washington. Das State Department sieht noch immer die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung, die Pentagon- und die CIA-Führung nicht. Die Reagan-Regierung bemüht sich um eine Wiederaufnahme der vom Kongreß stornierten Hilfe für die antisandinistischen Freiheitskämpfer, die Opposition auf dem Kapitolshügel will diese Absichten jedoch durchkreuzen, und ihre Chancen sind gut. Da die Sandinisten wieder massive Waffenlieferungen aus dem Ostblock erhielten, könnten die „Contras" bald militärisch in Bedrängnis geraten.

In der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa ist zu erfahren, daß die Regierung Zuaso Cordova noch mit sich reden lassen will über die Situation der Rebellen. Voraussetzung sei jedoch eine klare Linie der USA. Der Ball ist in Washington.

Das andere Deutschland

Von Joachim Neander

Es mehren sich die Fälle, in denen die „DDR" hierzulande das „andere Deutschland" genannt wird. In Rundfunksendungen taucht dieser Begriff – scheinbar ganz simpel und selbstverständlich aus dem „anderen Teil Deutschlands" fortentwickelt – sogar schon als verbindender Obertitel für Berichte von drüben auf.

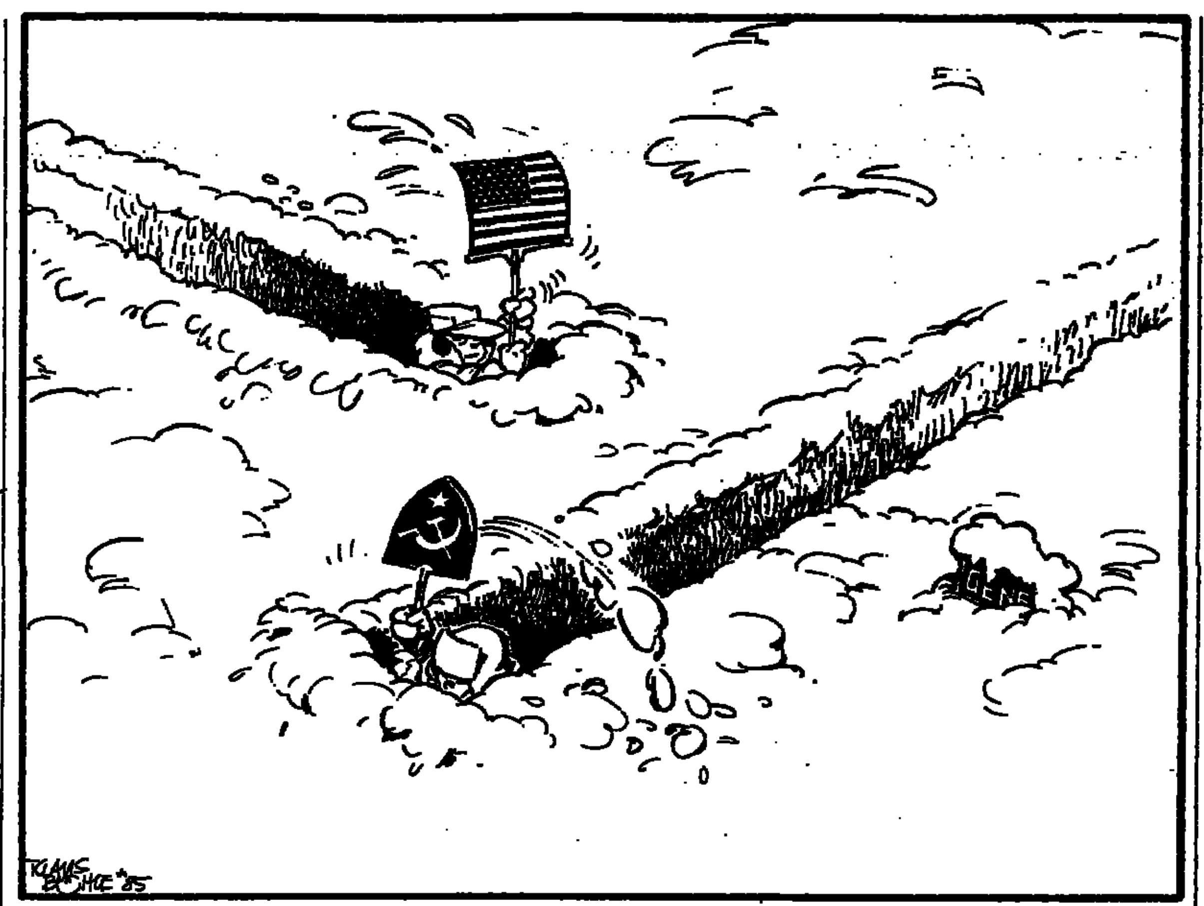
Viele, vor allem jüngere Menschen werden nichts Böses dabei denken. Im Gegenteil, die neue Formel scheint doch trotziges Festhalten am Gemeinsamen, Widerstand gegen die Abgrenzungssprache der SED zu enthalten. Auch drüben ist Deutschland – da klingt doch Gewißheit mit, daß die dauernde Trennung wider alle Logik der Geschichte sei.

Aber dabei wird vergessen, daß das „andere Deutschland" ein fest von Inhalt geprägter Begriff ist, nicht mehr frei verfügbar für neue Bedeutungen. Mit ihm haben in den Jahren des Nationalsozialismus aufrechte Deutsche und wirkliche Freunde Deutschlands der übrigen Welt klarzumachen versucht, daß Hitler, die NSDAP, der Rassenwahn, die SS und die Konzentrationslager nicht dasselbe seien wie Deutschland.

Das „andere Deutschland" – das meinte die Verfolgten, die Emigranten, die zum Schweigen Gebrachten genauso wie die auch vom NS-Staat nicht pervertierbe geistige Tradition. Das meinte auch jene Deutschen, die innerhalb des NS-Machtbereichs unter eigener Lebensgefahr Juden halfen oder sie versteckten, die tapfer an geschriebenem und ungeschriebenem Recht festhielten, obwohl ihnen unter Drohungen anderes befohlen war. Das „andere Deutschland" war das bessere, das eigentliche, im Grunde nicht zerstörbare Deutschland.

Es wäre fast gespenstisch, würde dieser Ehrentitel nun fast unbemerkt an die „DDR" weitervererbt, an einen Staat, der seine Bewohner mittels Maschinenpistolen und Schießautomaten von den Grenzzäunen und mit Erpressung aus fremden Botschaftsgebäuden einsammeln muß.

Daß auch drüben Deutschland ist, bleibt wahr. Daß es dort sehr anders zugeht, bezeugen die Flüchtlinge. Aber das „andere Deutschland" für den SED-Staat – das wäre eine Verhöhnung derer, die wirklich das „andere Deutschland" waren.



Man trifft sich KLAUS BÖHLE

Die neue alte Kampagne

Von Michael Voslensky

Die sowjetische Propagandakampagne gegen den „westdeutschen Revanchismus" wird hartnäckig fortgesetzt. Was ist ihr Zweck?

Die sowjetischen Führungskreise glauben natürlich nicht an einen Bonner Revanchismus. In der Tat: Welchen Sinn hätte er? Das Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik ermuntert in keiner Weise dazu, mit dem Gedanken an eine kriegerische Rache für die Niederlage an der Ostfront zu spielen. Deshalb gibt es hier keinen normalen Menschen, der an ein solches Abenteuer denkt. Das ist jedem in der Bundesrepublik so klar, daß es schade um die Zeit ist, darüber länger zu schreiben.

Etwas anderes ist wahr: Die Nomenklatura erwartet keine besonders warme Sympathie von der deutschen Bevölkerung – in Ost und West. Der sowjetische Vier-Sterne-General Iwan Iwanowitsch Fedjuninskij, der frühere stellvertretende Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, sagte mir in Dresden im Oktober 1970: „Die Deutschen werden uns das nie verzeihen, was wir ihnen angetan haben. Wir haben das halbe Deutschland unter unsere Kontrolle gebracht, ihre Fabriken demontiert, Reparationen bekommen, mit ihren Soldaten und auch mit der Zivilbevölkerung waren wir nicht zimperlich. Welches Volk wird das schon vergessen?" Aber diese in Nomenklaturakreisen ziemlich verbreitete Einstellung hat mit unrealistischen Befürchtungen vor einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion nichts zu tun.

Übrigens – sollten die Sowjets tatsächlich aus inniger Überzeugung über den „westdeutschen Revanchismus" reden, wieso hätten sie mehr als zehn Jahre darüber geschwiegen? Nein, keine Überzeugung, sondern politische Taktik führt Moskau wieder in einen „Anti-Revanchismus"-Kampf.

Sein Zweck befindet sich im Einklang mit strategischen Zielen der sowjetischen Europapolitik. Moskau will Westeuropa von Amerika abkoppeln und die NATO lahmlegen. Auf die Bundesrepublik bezogen, bedeutet das den Versuch, die Bonner Politik bei anderen NATO-Mitgliedstaaten, einschließlich der USA, suspekt zu machen und die Bundesrepublik als das stärkste europäische NATO-Land politisch in die Defensive zu drängen. Der aus Stalins Mottenkiste herausgeholte Popanz des „westdeutschen Revanchismus" soll diesem Zweck dienen. Die Moskauer Ankläger des Bonner „Revanchismus" versuchen den NATO-Staaten zu suggerieren, Bonn wolle das Süppchen seiner „revanchistischen Pläne" unter der Maske der NATO-Treue kochen und dies könne seine ahnungslosen Verbündeten in Gefahr bringen. Zwar ist eine solche Konstruktion auf Sand gebaut, man hofft aber in Moskau auf einen gewissen Erfolg: Werden doch die Siegesfeierlichkeiten in Ost und West im Mai dieses Jahres für eine versuchte Wiederbelebung antideutscher Stimmungen im Westen günstig sein. Daher das Timing der sowjetischen „Revanchismus-Kampagne": Die Monate vor den Feiern.

Wie immer bezieht Moskau die deutsche innenpolitische Landschaft in sein Kalkül ein. Die Friedensbewegung hat den Kreml enttäuscht. Sie erwies sich als zu aufrichtig pazifistisch und ließ sich nicht in dem Maße für die Ziele der sowjetischen Aufrüstung mißbrauchen, wie man in Moskau gehofft hatte. Jetzt aber wirft die sowjetische Propaganda die Revanchismuslüge als einen Zankapfel in die Bonner parteipolitische Arena: Vielleicht wird die Opposition diese faule Frucht gegen die Regierungskoalition verwenden!

Die sowjetischen Berechnungen sind klar. Noch klarer ist, daß der „westdeutsche Revanchismus" eine glatte Erfindung ist, ein Phantom, ein Nichts.

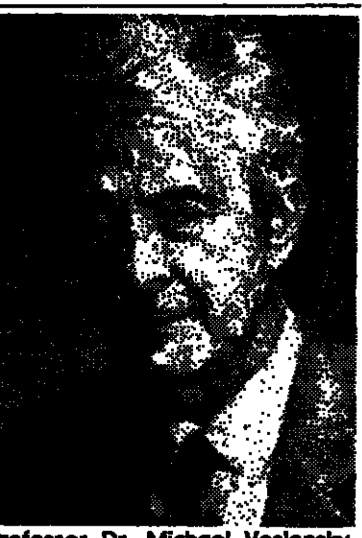
Aber auch in der Bundesrepublik beginnt man, über dieses Nichts zu diskutieren – in der Form der Dementis und der Kritik an Parolen der Vertriebenenverbände. Seinerzeit in Moskau wunderten wir uns insgeheim über die für uns unerklärliche Bereitschaft der Menschen im Westen, auf jede noch so unseriöse Erfindung der östlichen Propaganda mit ungebührendem Ernst zu reagieren. Genau so einen Fall erleben wir jetzt.

Jede Bonner Entgegnung: „Wir sind keine Revanchisten!" erfüllt Moskauer Propaganda-Funktionäre nicht mit Scham, sondern mit berechtigtem Stolz gut getaner Arbeit. „Ihr seid Revanchisten!" werden sie jetzt erst recht genüßlich laut wiederholen. Dieser inhaltsarme Dialog kann nur ein Ergebnis haben: Allmählich wird der Eindruck in der Welt entstehen, es sei wohl doch etwas Wahres an der Revanchismusbeschuldigung, sonst hätte man sie in der Bundesrepublik nicht ernst genommen.

Was sollte man tun? Als gebürtiger Russe empfehle ich, dem im russischen Sprichwort ausgedrückten Prinzip zu folgen: „Der Hund bellt, der Wind verweht"; als österreichischer Staatsbürger empfehle ich die bekannte Formel: „Nicht einmal ignorieren". Dann würde die ignorierte Kampagne bald langweilig werden und sich zusammenfallen.

Shakespeare hat eine präzise Formel geprägt: „Viel Lärm um nichts". Lohnt sich dieser Lärm?

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Michael Voslensky, früher Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, leitet heute ein Institut zur Erforschung der UdSSR in München FOTO: HANS HÖFT

IM GESPRÄCH Fidel Ramos

Neuer Wind in Manila

Von Christel Pilz

Dem neuen Generalstabschef der philippinischen Streitkräfte, Generalleutnant Fidel Ramos, eilt die Zeit. Denn wenn Präsident Marcos aus Gesundheitsgründen ausscheiden muß, wird dies die Stunde des Bekennens der Streitkräfte sein. Werden sie die Macht ergreifen, wie das Volk dies unter dem Ramos-Vorgänger, Fabian Ver, befürchtet hatte? Oder werden sie sich darauf beschränken, nur stabilisierend zu wirken, als Hüter der Verfassung, der zivilen Regierung unterstellt?

Ramos hat Loyalität zur Verfassung gelobt. Er genießt Vertrauen, denn er hat die Extravaganzen der Marcos-Entourage nicht mitgemacht, obwohl er seine Karriere Marcos verdankt. Ramos, 57 Jahre alt, blieb ein Mann des einfachen Lebens. Er ist besonnen und stetig, nicht flamboyant, eher trocken. Er fragt soldatisch nach dem Professionalismus seiner Leute, nicht nach persönlichen Loyalitäten zu ihm oder dem Präsidenten. Nach Absolvierung der amerikanischen Militärakademie West Point wurde er Ranger und Fallschirmjäger; er hat philippinische Truppen in Südkorea und Südvietnam kommandiert.

Als 1981 der Generalstabsposten neu zu besetzen war und Marcos sich nicht für Ramos, sondern für seinen Geheimdienstchef General Ver entschied, war Ramos enttäuscht. Zwar wurde er Vers Stellvertreter, aber das bedeutete wenig; selbst als Kommandeur der paramilitärischen Feldpolizei und der nationalen Polizei unterstand er General Ver. Fabian Ver stand Marcos näher. Wichtiger: Er hatte die Unterstützung der ehrgeizigen Marcos-Gattin Imelda. Jetzt wird es Ramos sein, der ihre Nachfolgeambitionen in das Präsidentenamt blokkiert; nicht aus Revanche, sondern weil sie die bestgehaßte Frau des Landes ist.

Die Wende kam am 24. Oktober. General Ver mußte unbefristeten Urlaub antreten. Weder er noch Marcos hatten verhindern können, daß er sich wegen seiner wahrscheinlichen Verwicklung im Mord an dem Oppositionsführer Benigno Aquino vor Gericht zu verantworten hat. Ramos rückte auf. Schon seine ersten Appelle machen klar, wo er die Prioritäten sieht: den Ruf der Streitkräfte zu revidieren, so daß sie in Zukunft nicht als Unterdrücker, sondern als Beschützer des Volkes erscheinen. Es spricht für ihn, daß es jetzt die wenig militärfreundliche Opposition ist, die auf seine endgültige Berufung drängt.



Vorerst nur „amtierend": Generalstabschef Ramos FOTO: AP

Noch ist Ramos nur „amtierend" im Amt. Noch hat er nicht das Sagen über Umbesetzungen und Beförderungen. Das aber ist, was den jüngeren Offizieren am meisten auf dem Herzen brennt. Sie fordern, daß die Generale, die das Pensionsalter überschritten haben und dennoch die Schlüsselpositionen der fast dreihunderttausend Mann starken Streitkräfte kontrollieren, endlich verabschiedet werden. Das sind mehr als fünfzig. Ramos hat dazu die volle Unterstützung von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile.

Beide sind jetzt ein Team. Beide sind im Volk, bei der Truppe und den jüngeren Offizieren respektiert und beliebt. Es liegt an Präsident Marcos, ob er ihnen freie Hand gewährt, die Streitkräfte zum Professionalismus zurückzuführen. Wenn nicht, riskiert er viel bei den jüngeren Offizieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie sieht Hindernisse für eine Verständigung der Supermächte:

Was dereinst herauskommen wird, hängt sehr von der Art und Weise ab, wie die Unterredungen geführt werden. Ein praktikabler Kompromiß ist nur dann zu erwarten, wenn sie in der Stille stattfinden. Fängt das Zum-Fenster-hinaus-Reden an, wäre das ein schlechtes Zeichen. Freilich gehört dies zur Taktik, vor allem der östlichen Seite. Sie hat hier von Haus aus einen Vorteil. Der Kreml braucht auf niemanden zu hören, fällt seine Entscheidungen nach Gutdünken. Die amerikanische Seite muß Rücksicht nehmen auf den Präsidenten, auf „Tauben" und „Falken" im Kabinett, auf Senat und Repräsentantenhaus, auf die öffentliche und veröffentlichte Meinung, auf die Wähler und auf die europäischen Verbündeten. Die Sowjets sind es gewohnt, auf der Klaviatur dieser Rücksichtnahmen virtuos zu spielen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er meint zum Fall Scholl:

Natürlich reizt die Vorstellung, daß ein Doktor der Rechte, der bis vor kurzem hohe Parteiämter innehatte, sich als brutaler Krimineller entpuppt. Man mag auch fragen, ob die FDP in Rheinland-Pfalz gut beraten war, als sie 1982 Scholl, obwohl er gerade erst mit Mühe einem Verfahren wegen Veruntreuung entgangen war, zum Fraktionsvorsitzenden wählte. Und zu wohlfeilen Witzen über die FDP und ihren chronischen Geldmangel wird nun manch einer sich versucht fühlen. Aber die Befürchtung des FDP-Politikers Döring, die Partei könne für Scholl in „Sippenhaft" genommen werden, ist ja wohl nicht ernst zu nehmen. Wer der FDP, wenn der Verdacht gegen Scholl sich bestätigen sollte, diesen Fall anhängen wollte, würde sich lächerlich machen.

LA SUISSE

Die Genfer Zeitung schreibt zu den Gesprächen in ihrer Stadt:

Der Grund der Dinge ist der, daß die USA und die UdSSR heute ein dringendes und vorrangiges Interesse daran haben, das Anwachsen ihrer Verteidigungsausgaben zu verlangsamen. Ein Abkommen ist daher nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Diesen Punkt sollte man niemals aus den Augen verlieren, ganz gleich, wie die Verhandlungen verlaufen.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung beurteilt die Schwierigkeiten, die Gandhi haben wird:

Das allergrößte Problem, das der Ministerpräsident Rajiv Gandhi überwinden muß, ist die Trägheit der indischen Gesellschaft. Sein Kampf gegen Korruption und für größere Effizienz mag zwar die Phantasie einiger in der Spitze beflügeln. Doch wird er scheitern, wenn nicht auch die unteren Ränge involviert sind … Jawaharlal Nehru hat die britischen Kolonialherren herausgefordert und gewonnen. Sein Enkel Rajiv Gandhi muß die tiefverwurzelte indische Tradition besiegen. Das ist die schwerere Aufgabe.

Es läuft doch auf Rückzug aus Neukaledonien hinaus

Pisanis Vorschlag enthält nur ein Mäntelchen / Von August Graf Kageneck

Die Weichen sind gestellt. Mitterrands Sonderkommissar für Neukaledonien, Edgar Pisani, hat der Öffentlichkeit einen Plan für die politische Zukunft des Übersee-Territoriums unterbreitet, der auf eine Entlassung des pazifischen Archipels in die Unabhängigkeit hinausläuft.

Eine Unabhängigkeit, die formell noch einer Abstimmung der 145 000 Inselbewohner unterworfen werden soll und noch mit dem Mäntelchen eines Statuts der „Assoziation mit Frankreich" umkleidet wird, um der Opposition in Frankreich keine allzu großen Reibungsflächen zu bieten. Aber niemand gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß die Inseln am Ende des Prozesses ein ebenso souveränes Staatsgebilde wie alle anderen ehemaligen Kolonien Frankreichs sein werden, über dessen künftigen Kurs im westöstlichen Spannungsfeld Paris ein nur sehr beschränktes, wenn überhaupt ein Mitbestimmungsrecht haben wird. Der Plan Pisanis entspricht gewiß den Überzeugungen Mitterrands über den Wert kolonialer oder semi-kolonialer Besitzungen einer europäischen Mittelmacht im ausgehenden 20. Jahrhundert.

Der Kandidat Mitterrand hatte im Präsidentschaftswahlkampf 1981 klar zu erkennen gegeben, daß er für eine Überführung der letzten französischen Überseebesitzungen (es sind ihrer sieben) in die Eigenstaatlichkeit sei. Dies entsprach dem grundsätzlichen Standpunkt des Sozialisten und Mondialisten von der „Befreiung der Völker vom Joch des Wirtschaftsimperialismus", den er zum Erstaunen der Umstehenden nach seinem Wahlsieg bei der Antrittsrede im Elysee-Palais kundtat. Es mag auch den Erfahrungen entsprochen haben, die der einstige Kolonial- und Überseeminister in vielen Kabinetten der Vierten Republik insbesondere während der tragischen Anfangsperiode des Algerienkrieges sammeln mußte.

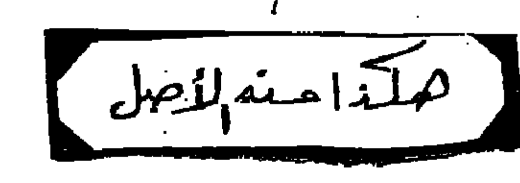
Mitterrand hat einen instinktiven Horror vor Festlegungen Frankreichs auf unhaltbar gewordene Positionen. Man kann vom Verhältnis eines gebrannten Kindes zum Feuer sprechen. Als in Algerien und in den hinterindischen Besitzungen im Herbst 1954 gleichzeitig die Flammen der Rebellion hochschlugen, verlangte er als zuständiger Ressortchef noch deren sofortiges und unbarmherziges Niedertreten.

In Indochina folgte die Unabhängigkeit auf dem Fuße, nach einer bedrückenden Niederlage. Algerien dauerte sieben traumatische Jahre. Im Libanon räumte Mitterrand die Stellungen seiner Fallschirmjäger in Beirut, als diese zum Opfer eines unkontrollierbaren Terrors geworden waren. Im Tschad peitschte er einen Truppenabzugakkord mit dem Libyer Khadhafi durch, um den Schrekken eines Stellungskrieges ohne Ende in einer afrikanischen Maginot-Linie ein Ende zu bereiten. Khadhafi hielt sich nicht an das Abkommen, und es gab ein Ende mit Schrecken.

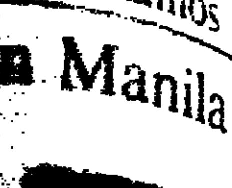
Steht, wie einige Oppositionspolitiker in Frankreich vermuten, Khadhafi auch hinter dem Unabhängigkeitsplan für Neukaledonien? Neun Delegierte der „Nationalen und Sozialistischen Kanakischen Befreiungsfront", die seit November zum offenen Kampf gegen die französische Autorität auf den Inseln übergegangen ist, waren Anfang des letzten Jahres zur Ausbildung in Libyen. Hat Khadhafi, als er im letzten August auf Mitterrands Vorschläge für eine Räumung des Tschad einging, Garantien für eine Entwicklung im Pazifik verlangt, die seinen Plänen von einer „globalen Befreiung der versklavten Völker" entsprechen würde?

Bei aller Ähnlichkeit in der Grundmotivation der beiden Männer kann man ein solches Ausmaß an Unterwürfigkeit dem französischen Präsidenten kaum unterstellen. François Mitterrand hat nicht weniger als sein illustrer Vorgänger Charles de Gaulle zuerst das Interesse Frankreichs im Auge, wenn er, wie dieser 1958, die Stunde für einen Rückzug Frankreich aus zu groß gewordenen Verantwortungen gekommen sieht. Schließlich hat auch die andere große europäische Kolonialmacht Großbritannien diesen Rückzug in Etappen vollzogen und bewältigt. Nicht ohne – wie im Falle der Falkland-Inseln – die Krallen zu zeigen, wenn Recht gebrochen wird.

Auch Frankreich wäre jederzeit hierzu in der Lage. Aber es will, ehe das Recht gewaltsam gebrochen werden kann, neues Recht da schaffen, wo dies mit Frankreichs Interessen vereinbar erscheint. Der Weg dorthin wird lang und unendlich mühsam sein. Mächtige politische, wirtschaftliche, strategische, historische und schließlich auch emotionelle Interessen bäumen sich gegen Mitterrands Politik auf. Neukaledonien könnte nicht nur zum ersten Dominostein eines einstürzenden Restkolonialbesitzes, es könnte auch zu einem Nagel am Sarg des Politikers Mitterrand werden.









Die öffentliche Hand mauert

In vielen Branchen springt die Konjunktur an, doch die Bauwirtschaft hat Startschwierigkeiten. Der *Wohnungsbau ist gesättigt; die* öffentliche Hand bleibt geschlossen.

Von HANNA GIESKES

In der deutschen Bauwirtschaft herrscht Krisenstimmung: Die Verbände verbreiten Angst vor einer neuen Konkursflut, die Gewerkschaft befürchtet, daß in diesem Winter 300 000 Bauarbeiter ohne Beschäftigung sein werden, und die Konjunktur-Propheten sagen dem Wirtschaftszweig *für dieses Jahr einen* Rückgang der Aufträge um bis zu drei Prozent voraus.

„Ich habe um die gesamte Branche Angst", sagt der mittelständische Bauunternehmer Klaus Müller, der in einer rheinischen Großstadt 500 Mitarbeiter beschäftigt. Der Wohnungsmarkt sei weitgehend gesättigt, die Wirtschaft investiere zwar wieder, aber nicht in Gebäude, „und öffentliche Aufträge gibt es in Nordrhein-Westfalen auch nicht". Die Branche sitze auf gewaltigen Überkapazitäten, „die viel zu billig in den Markt drängen". Er könne keinen Auftrag mehr bekommen, dessen Erlöse noch die Kosten deckten.

Ihm geht es wie vielen anderen in der Branche, doch öffentliche Programme zur Ankurbelung der Baukonjunktur lehnt Müller ab. Auch Bauunternehmer Franz Schmieder, der in Süddeutschland 1000 Mitarbeiter beschäftigt, hält solche Programme sogar für gefährlich, „weil sie die Konservierung unrentabler Kapazitäten fördern".

Ihm und vielen seiner Kollegen wäre eine Aufstockung der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Gemeindehaushalte, wesentlich lieber. Bedarf für Bauinvestitionen sei reichlich vorhanden, etwa im Bereich des Umweltschutzes oder zur Verkehrsberuhigung von Innenstädten. Die Investitionsquote der öffentlichen Hand sei von 16 Prozent in den siebziger Jahren auf jetzt acht Prozent gesunken, nicht nur wegen der notwendigen Haushaltskonsolidierung, „die ich absolut bejahe", sondern auch *zugunsten konsumtiver öffentlicher* Ausgaben „und alles auf dem Rücken der Bauwirtschaft". An eine Rückkehr in frühere Größenordnungen glaubt er nicht: „Eher muß die Branche noch einmal zehn bis 15 Prozent ihrer Belegschaften abbauen."

Derzeit arbeiten rund eine Million Menschen am Bau gegenüber 1,5 Millionen noch Mitte der siebziger Jahre. Trotz dieses Rückgangs ist die Kapazität der Bauwirtschaft kaum kleiner geworden, denn die Produktivität ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Und trotz einer hohen Anzahl von Konkursen – im vergangenen Jahr waren es rund 5000 – bleibt die Zahl der Bauunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland mit etwas über 62 000 seit Jahren gleich.

Franz Schmieder begründet das so: „Es ist leicht, ein Baugeschäft zu gründen, denn Kapital ist praktisch nicht nötig." Oft handele es sich um ehemalige Mitarbeiter eines Konkursunternehmens, die sich einen Arbeitsplatz schaffen wollen „und die Geräte billig aus der Konkursmasse kaufen". Bezahlt werde aus dem Erlös des ersten Auftrags, „der gegen die Konkurrenten zu Niedrigstpreisen hereingeholt wurde".

Um so schwieriger wird der Rückzug aus dem Markt: „Bauunternehmen sterben langsam", heißt es in der Branche, „und mancher ist pleite und weiß es nicht einmal." Schuld daran seien oft Banken, „die hochverschuldeten Unternehmen wieder auf die Beine helfen, um ihr Geld zu retten". Je größer das Unternehmen, desto unwahrscheinlicher ein Konkurs, *„und wenn der auch noch so berechtigt wäre"*, klagen die Mittelständler.

Ihnen ist ein Rückzug aus dem Markt „mit Anstand" ebenfalls kaum möglich: Sozialpläne seien heutzutage nicht mehr finanzierbar, heißt es überall in der Branche, und da bleibe eben nur der Konkurs. Selbst Entlassungen seien wegen der damit verbundenen Abfindungen vielfach so teuer geworden, daß man lieber darauf verzichte.

Oft sind die Unternehmer auch selbst schuld. Manche weigerten sich entgegen aller Vernunft, sich kleiner zu setzen, „weil sie das Feld nicht dem Wettbewerber überlassen wollen", berichtet ein Bauunternehmer in Hamburg. Viele schanzen sich in guten Zeiten per Absprache zu überhöhten Preisen Aufträge zu „und fördern so die Erhaltung längst überfälliger Kapazitäten", meint Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte, der hier eine wesentliche Ursache für die Unfähigkeit der Branche zur notwendigen Marktbereinigung sieht.

Um diese Bereinigung wird die deutsche Bauwirtschaft nach Ansicht aller Experten auch dann nicht herumkommen, wenn die Konjunktur am Bau eines Tages wieder einsetzen sollte. Das Bauvolumen, das 1984 rund 270 Milliarden Mark erreicht hat, wächst seit Jahren nur noch minimal. Das Problem ist nur, in welchem Umfang die Branche noch wird schrumpfen müssen. Das hängt davon ab, wie hoch der Baubedarf der kommenden Jahre eingeschätzt wird.

Dies sei vor allem eine politische Frage, meint ein Frankfurter Bauunternehmer. Wenn aus ideologischen Gründen Bauvorhaben im Wert von etlichen Milliarden Mark blockiert würden, wie dies derzeit in Hessen der Fall sei, „dann kann man sich ja vorstellen, was aus der Bauwirtschaft wird, wenn sich etwa die politischen Verhältnisse in Bonn ändern".

Die Branche ist zu rund fünfzig Prozent von öffentlichen Aufträgen abhängig, doch der Einfluß der Politik reicht tiefer. So steuert die Deutsche Bundesbank über ihre Diskontpolitik die Hypothekenzinsen und damit den Bau von Wohneigentum. Selbst die Geldwertstabilität könne manchen Bauwilligen abschrecken, mutmaßt ein Kölner Bauunternehmer: „Es lohnt sich eher, das Geld für sieben Prozent Zins zur Bank zu tragen, anstatt damit eine Immobilie zu bauen, die höchstens vier Prozent Rendite bringt."

Ein leiser Hauch von Selbständigkeit

Ein „sozialistisches Vaterland" zu schaffen fällt der „DDR" nicht leicht. Allerorten schlägt das Deutche, das Preußische, das Sächsische, schlägt die Geschichte durch. Eindrücke aus Ost-Berlin.

Von CARL G. STRÖHM

Unter den Linden steht wieder Friedrich der Große – das berühmte Denkmal von Rauch. Neben der Staatsoper findet man die Statuen der preußischen Militärreformer Scharnhorst, Gneisenau – und jenes York von Wartenburg, der die berühmte Konvention von Tauroggen unterzeichnete, durch die Preußen die Schwenkung gegen Napoleon auf die Seite der Russen vollzog. Und gegenüber vom Zeughaus steht ein Monument des Freiherrn vom Stein – gewidmet „vom dankbaren Vaterland". „Sozialistisches Vaterland DDR" heißt die neue Ausstellung im Berliner Zeughaus, wo auch Luther und seine Epoche behandelt wurden. *Gilt den Deutschen in der „DDR"* der zweite deutsche Staat als Vaterland – und die Bundesrepublik, West-Berlin als etwas Fremdes?

Wie so vieles andere auch gibt es auf diesem Gebiet hier zwei Realitäten, ja sogar zwei Wahrheiten. Man findet, auch bei durchaus regimefernen Gesprächspartnern, eine Portion Stolz. „Sehen Sie, wie jetzt Berlin wieder schöner wird und die Narben des Krieges langsam verschwinden?" hält man mir entgegen. Noch gibt es diese Brandmale der Katastrophe hier in Ost-Berlin wie in keiner anderen deutschen Stadt: Teile der Museumsinsel liegen noch in Trümmern. Am Gendarmenmarkt ist das Schauspielhaus gerade wieder aufgebaut worden – aber der deutsche Dom ist noch eine Ruine, an der man die Einschüsse und Querschläger des Jahres 1945 erkennen kann. Am bedrückendsten ist freilich der Eindruck, wenn die Prachtstraße Unter den Linden plötzlich vor dem Brandenburger Tor im Nichts endet und die Berliner Mauer das einstige Herz der Hauptstadt zerschneidet. Wilde Kaninchen springen mitten in der Millionenstadt über die von niemand befahrene Straße. Eine Gruppe sowjetischer Touristen stellt sich vor den Wall, im Angesicht des im Westen liegenden Reichstages zu einem Familienfoto bereit. „Hitler" und „faschism" sind die Wortfetzen, die vom russischen Fremdenführer zu uns herüberdringen.

Dennoch – unser Ostberliner Gesprächspartner hat recht: Diese geschlagene und heimgesuchte Stadt taucht vier Jahrzehnte nach der Katastrophe wieder auf, gewinnt – einstweilen noch bescheiden – wieder Farbe. Die Fassaden vieler alter Bauten werden repariert und neu gefärbt. In den Buchhandlungen treffe ich beim Stöbern zwischen den Neuerscheinungen eine junge, kecke und neugierige Generation: sehr deutsch und preußisch, aber keineswegs unmodern. Natürlich beherrscht die kommunistische Ideologie den Vordergrund des Lebens – bis hin zum Mammutbau der sowjetischen Botschaft, gleichfalls Unter den Linden und in Sichtweite der Mauer, wo ein marmorweißer Lenin vor dem Eingang zu einem Monsterpalast steht, der allein durch seine Architektur und Anlage bereits Herrschaft symbolisiert. Aber dennoch – was in diesem östlichen Berlin zu sehen ist, mag dem Besucher aus dem Westen oft fremd sein und kommt ihm manchmal wie eine Reproduktion längst vergangener Zeiten und Zustände vor: Etwa wenn er dem gleichen Grün der Polizei-Uniformen begegnet, wie er sie zuletzt noch aus den Jahren vor 1945 in Erinnerung hatte. Aber zugleich springt einem das Deutsche, man könnte sogar sagen: das typisch Deutsche in seiner preußischen, manchmal auch sächsischen Ausprägung ins Auge und ins Ohr. Da ist vieles karger und spröder als im Westen – nicht nur aus ideologisch-kommunistischen, sondern eigentlich aus traditionell-historischen Gründen. Den Menschen hier, die in den letzten sieben Jahrzehnten weder von der Geschichte noch vom Wohlstand verwöhnt wurden, scheint das irgendwie zu entsprechen. Manches mag am kommunistischen System kulissenhaft, vielleicht sogar verlogen sein – die Rezeption des Preußischen, die Wachablösung vor dem Schinkel-Ehrenmahl, ist nicht nur Theater und Schau, sondern rührt an Gefühlsbereiche.

Diese Bereiche lagen nach der tiefen Zäsur von 1945 für den Deutschen lange Zeit hindurch brach – wobei es durchaus Stimmen gibt, die meinen, dies sei gut so. Die Deutschen der Bundesrepublik haben sich aus der Last der Geschichte in den Wohlstand flüchten können – und in die weite, farbige, lockende Welt des Westens. *Den Deutschen im anderen* Teil des Landes blieb diese Flucht versagt – es sei denn, sie gingen den gefährlichen Weg über die Mauer oder, wie neuerdings, in die Botschaften. Aber es ist klar, daß dieser Weg nur wenigen offen stehen kann.

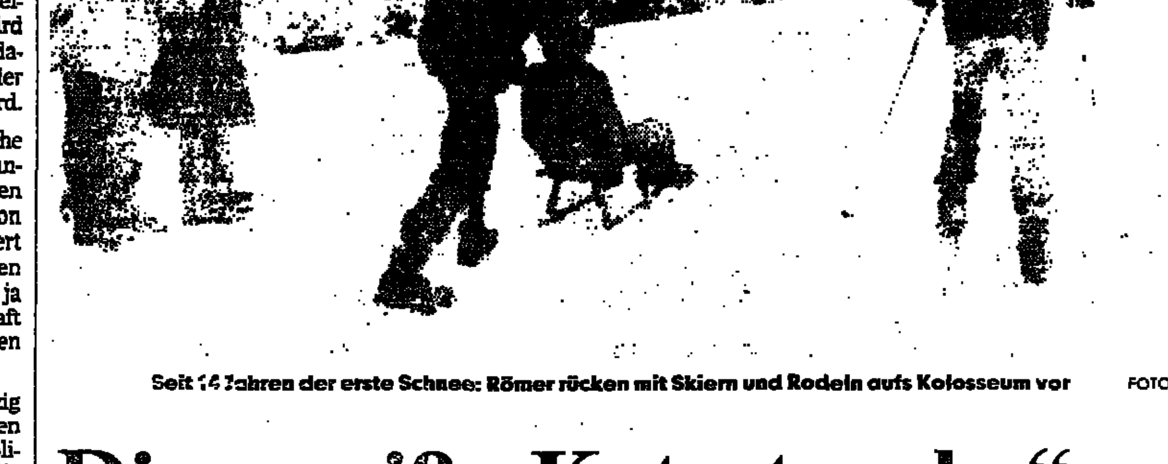
Der Westen, sogar die Bundesrepublik und West-Berlin, die durch das Fernsehen in jede Ostberliner Wohnung kommen, wirken gerade auf dem Gebiet der Medien keineswegs nur anziehend. Die selbstquälerische Art, in welcher der Westen über seine Arbeitslosigkeit, soziale Unruhen, Studentenkrawalle und ähnliche Vorfälle berichtet, wirke, wie ein SED-Funktionär sagte, als eine dem Regime hochwillkommene Ernüchterung. Entscheidend für das „DDR"-Regime wird freilich sein, ob es ihm gelingen kann, das Mauer-Syndrom in der eigenen Bevölkerung abzubauen – das heißt, so viel Wohlstand und Stabilität zu erreichen, daß es den Mitteldeutschen und Ost-Berlinern eines Tages so wie heute dem gleichfalls kommunistisch regierten Ungarn möglich sein müßte, das Land als Touristen nach Westen zu verlassen – und wiederzukommen.

Unter den Repräsentanten des Regimes aber findet man gleichfalls interessante neue Symptome einer veränderten Geisteshaltung – weg vom bloßen Nachbeten allgemeiner Ostblock-Parolen. Man will zeigen, daß man selbständig ist. Man will irgendwie auch aus dem Schatten der Bundesrepublik heraustreten – aber auch aus dem anderen Schatten, etwa jenem des großen Bruders. Es ist ein leiser Hauch von Selbständigkeit spürbar – einstweilen noch in den Unter- und Zwischentönen.

Die Tragik ist dennoch mit Händen zu greifen. Im Staatsratsgebäude zeigt ein Glasgemälde im Treppenaufgang – der übrigens frappierend an westdeutsche Staatsarchitektur der sechziger Jahre erinnert die Darstellung des Spartakus-Aufstandes. Bewaffnete Matrosen, die Porträts von Liebknecht und Rosa Luxemburg (jener Rosa Luxemburg, die eine scharfe Kritikerin des Leninismus war und die einmal sagte: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden").

Aber zugleich ist in diesen kommunistischen Staatspalast ein Stück aus einem Portal des Berliner Schlosses hineingebaut worden – jenes Schlosses, das Ulbricht in den frühen fünfziger Jahren in die Luft sprengen ließ, womit er sich, wie ein scharfsinniger Beobachter sagte, „in die deutsche Geschichte hineinsprengte".

Heute würde kein SED-Chef mehr historische Bauwerke sprengen lassen. Die Einstellung zur Geschichte hat sich gewandelt. Was bleibt, ist die Teilung.



Seit 14 Jahren der erste Schnee: Römer rücken mit Skiern und Rodeln aufs Kolosseum vor FOTO DPA

Die „weiße Katastrophe" sucht die Ewige Stadt heim

Was passiert, wenn es in Rom schneit? Das Chaos bricht aus.

Von F. MEICHSNER

„Rom lebt!" Am Tage danach verkündete das mit trutzigem Stolz in der Stimme der Bürgermeister der Ewigen Stadt, Ugo Vetere. *Sein Blick schweifte über das* verschneite Forum Romanum, als er, „all die aufgeregten Pessimisten" zurechtweisend, hinzufügte, seine Drei-Millionen-Stadt lasse sich nicht von 15 Zentimetern Schnee in die Knie zwingen.

Pathos ist seit altersher nicht unbekannt auf dem Capitol. Nicht immer freilich hält es in der Stadt der sieben Hügel den Vergleich stand mit der Wirklichkeit. Auch diesmal scheint es geeignet, eher einige Zweifel zu wecken. Denn das war die Situation in der Hauptstadt nicht nur eines 55-Millionen-Volkes, sondern auch der gesamten katholischen Christenheit 24 Stunden nach dem Schnee-„Wunder" von Epiphania.

800 Bürger bevölkerten mit gebrochenen Gliedmaßen oder Erfrierungen die Krankenhäuser. In den Ministerien und Büros der Zentralsitze staatlicher wie privater Organisationen und Unternehmen fehlten 60 Prozent der Belegschaft. Die Schulen blieben geschlossen. Der städtische Verkehr kam, nachdem man tonnenweise Salz aus dem Norden herbeigebracht hatte, nur allmählich und teilweise wieder in Gang. Flughäfen und Bahnhöfe waren weitgehend blokkiert. Die Stazione Termini, Italiens größter Bahnhof mit rund 600 Zügen pro Tag, glich einem Biwak. Tausende von verzweifelten Reisenden kampierten in den Wartesälen und in der großen Bahnhofshalle. Nach der „weißen Katastrophe" bewegte sich zwölf Stunden lang kein einziger Zug auf den Schienen.

Selbst die Justiz mußte die Waffen strecken. Die für Montag angesetzte *Verhandlung im Berufungsprozeß* des Moro-Verfahrens wurde abgesagt. Zähneklappernd hatten die angeklagten Rotbrigadisten eine Stunde lang vergeblich auf dem Gefängnishof von Rebibbia auf die Transporter der Karabinieri gewartet, die sie zum Gerichtsgebäude bringen sollten. Das römische Karabinieri-Kommando verfügt offenbar aber nicht über Schneeketten.

Einen Lichtstrahl brachte nur der Sport in das ansonsten graudüstere Schneebild. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz fanden sich am Montag 40 000 „Tifosi" im Olympiastadion ein, wo die am Tage zuvor wegen der Witterung abgesagte Fußball-Begegnung Milan–Lazio nachgeholt wurde. Ob der Weg zum Stadion besser war als der zum Arbeitsplatz, ist aus der Schneechronik nicht klar ersichtlich.

Für das darum herum vorherrschende Chaos führen die angesprochenen Behördenvertreter mit gutem Recht mildernde Umstände an: Seit 1929 hat es in Rom nicht mehr einen solchen Winter gegeben wie in diesem Jahr. Seit 14 Jahren hat es überhaupt nicht mehr richtig geschneit. Hätte man damals, nach der kurzen *Erfahrung mit einer ähnlichen* Lähmung der Stadt, Schneepflüge angeschafft, Streusalz-Vorräte angelegt und die Weichen der Stazione Termini mit automatischen Entfroster-Anlagen versehen, wäre das alles als totes Kapital 14 Jahre lang unbenutzt liegengeblieben. Wie soll sich eine hochverschuldete Stadt wie Rom und eine immens defizitäre Eisenbahn wie die italienische solche „Verschwendung" leisten?

So verließ man sich beispielsweise bei der Eisenbahn für den Notfall auf *den „tatkräftigen Mut" des Personals*, den jetzt der Pressesprecher des Transportministeriums rühmte. Allzuviel war damit freilich nicht auszurichten. Denn als man in mühevoller Arbeit endlich alle durch den Frost blockierten Weichen wieder funktionsfähig gemacht hatte, stellten sich andere Ungelegenheiten ein. Es kam zu einem stundenlangen Stromausfall, und als dieser behoben war, fehlte es an Zugpersonal. Denn wie an allen anderen Arbeitsstellen Roms war auch auf den Bahnhöfen über die Hälfte der Arbeitnehmer nicht am Arbeitsplatz erschienen.

Diesen Circulus vitiosus von Eis, blockierten Weichen, blockierten Pendlerzügen und aus Personalmangel in Bahnhöfen stilliegenden Zügen kann offenbar nur ein Tauwetter durchbrechen. Und für künftige Widrigkeiten dieser Art bleibt nicht viel mehr als die Hoffnung auf das nächste Jahrtausend. Denn bis dahin, so haben unter dem Eindruck des jetzigen Chaos die Transportverantwortlichen mit schneller Entschlossenheit versichert, wird auch der römische Bahnhof ganz bestimmt mit Weichen-Entfrostern ausgerüstet sein.

Niemand soll im übrigen sagen, daß man in Rom aus vergangenen Schnee-Erfahrungen nicht schon gelernt habe. Als der Chronist vor fast 30 Jahren in die Stadt kam, setzte die Feuerwehr beim Auftauchen des ersten weißen Schimmers auf den Straßen der Stadt noch ihren ganzen Ehrgeiz in die Bekämpfung des unheimlichen Feindes – mit dem Wasserstrahl. Dieser überholten Methode hat man inzwischen längst abgeschworen. Man weiß heute von Streusalz, auch wenn man es nicht gerade hortet. Da nach der ersten Abwehrschlacht von den aus schnee-erfahrenen Regionen herbeigeschafften 280 Tonnen nichts mehr übriggeblieben ist, raten respektlose Spötter dazu, bei eventuellen neuen Schneefällen auf die in den Salz- und Tabakläden lagernden Vorräte an Kochsalz zurückzugreifen.

Ganze Kübel von Ironie ergießen sich in den Zeitungsspalten über die durch das Schneewetter sowieso schon hart gebeutelten staatlichen und städtischen Behörden. So meint der „Corriere della Sera", es sei jetzt wohl anzunehmen, daß dem normalen technischen Büro der Gemeinde ein außerordentliches Assessorat für Naturkatastrophen zur Seite gegeben werde. Und sollte sich das unwägbare Phänomen wiederholen, sei kaum auszuschließen, daß die italienische Regierung ernsthaft die Möglichkeit in Erwägung ziehe, ihren Wintersitz auf den Äolischen Inseln zu nehmen.

Aber es fehlt auch nicht an ganz handfester Kritik, die nach dem Tau*wetter ganz sicher ihren Niederschlag* in zahlreichen Parlamentsanfragen finden wird. Schließlich befanden sich auch einige Parlamentarier in den überfüllten Zügen, die zwischen Florenz und Rom oder zwischen Neapel und Rom eine ganze Winternacht lang auf freier Strecke liegenblieben.

Besoldung für viele Beamte schon bald höher?

G. BADING, Bad Kissingen

Die Bundesregierung räumt der Verbesserung der Einkommensbedingungen für Beamte der unteren Besoldungsgruppen offenbar erhöhte Priorität ein. Er rechne damit, daß schon in den nächsten Wochen ein entsprechender Kabinettsbeschluß gefaßt werde, erklärte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, am Rande der beamtenpolitischen Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen. Zuvor hatte Bundesinnenminister Zimmermann gesagt, er sehe deutlichen Handlungsbedarf.

Es gehe nicht an, daß die Einkommen der Beamten des einfachen Dienstes in der Nähe von Sozialhilfesätzen lägen. Allerdings hatte der Bundesinnenminister als Zeitrahmen für die Verbesserung der Besoldungsstruktur die gesamte Legislaturperiode genannt. Bundeskanzler Kohl, so Krause, stehe hinter den Plänen Zimmermanns.

Es gebe verschiedene Modelle für eine Verbesserung der Besoldungsstruktur, sagte Krause. Eine Möglichkeit sei etwa die Streichung der Eingangsstufen mit ihren Niedriggehältern; eine andere, die Anhebung der Ortszuschläge. Er rechne mit Einkommensverbesserungen in einem Umfang von etwa 30-50 Mark monatlich.

Die zusätzlichen Ausgaben für die Anhebung der unteren Beamtengehälter seien durchaus finanzierbar, hieß es in Beamtenkreisen in Bad Kissingen. Mit dem Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst von 3,2 Prozent, das auf die Beamtenbesoldung übertragen worden ist, sei der ursprünglich als letzte „Auffangposition" im Bundeskabinett vorgesehene Rahmen für Einkommensverbesserungen von gut 3,5 Prozent von der Gewerkschaft ÖTV nicht voll ausgeschöpft worden.

Biedenkopf bricht eine Lanze für die Beamten

Gegen pauschale Beurteilung des öffentlichen Dienstes

G. BADING, Bad Kissingen

Die Rolle des öffentlichen Dienstes als Faktor unserer Gesamtwirtschaft kann nach Auffassung von Professor Kurt Biedenkopf sinnvoll nur mit den Aufgaben verglichen werden, die in einem Großunternehmen die Stabs- und Verwaltungsabteilungen neben dem dominierenden Produktionsbereich wahrnähmen. In einem Vortrag vor der beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamten-Bundes (DBB), die den Standort des öffentlichen Dienstes „zwischen Sparzwängen und wirtschaftlicher Teilhabe" zu bestimmen suchte, sagte Biedenkopf, über die Effizienz und die Leistungen des öffentlichen Dienstes werde gemeinhin zu pauschal geurteilt. Der öffentliche Dienst erfülle vielfach Aufgaben, die nicht mit marktrationalen Maßstäben gemessen werden könnten, etwa im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit. Vielfach müsse auch der öffentliche Bereich Ziele verfolgen, die durch den Markt nicht erreicht werden könnten. Der Grund seien politische Vorgaben, etwa beim Vorhalt von Transportmöglichkeiten im öffentlichen Nahverkehr. Dennoch hätten diese versteckten Leistungen konkrete wirtschaftliche Bedeutung. So würden Standortentscheidungen der Industrie maßgeblich davon beeinflußt, welchen Ordnungsrahmen der öffentliche Bereich geschaffen habe. Biedenkopf sprach damit das durch die wirtschaftsfreundlichere Politik im Süden der Bundesrepublik entstandene Problem des Süd-Nord-Gefälles im Bereich der Ansiedelung von Zukunftstechnologien an.

Bei der Beurteilung der Produktivität des öffentlichen Dienstes müsse man stets an die „Quelle" jeglichen Handelns der Verwaltung gehen, mahnte der CDU-Politiker. Der öffentliche Dienst sei nur ausführendes Organ politischer Entscheidungen. Solle er effizienter gestaltet werden, so müsse auch die Auftragslage entsprechend anders aussehen. Das bei allen Parteien populäre Schlagwort von der Entbürokratisierung zur Erlangung höherer Effizienz verleite zu Fehlschlüssen. Denn die Ursache für das Anwachsen der Bürokratie liege nicht primär in der mangelnden Effizienz des öffentlichen Dienstes, sondern in einem zu hohen Regelungsanspruch, der feste Vorgaben auch für jeden Einzelfall verlange.

Umstritten waren in der Diskussion der Beamtenvertreter die von Prof. Hans-Jürgen Krupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin – einem ehemaligen Mitglied der Wahlkampfmannschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel – vorgetragenen Thesen. Krupp hatte gefordert, den statistisch gesehen besser als die abhängig Beschäftigten in der Wirtschaft bezahlten öffentlichen Dienst Marktbedingungen zu unterwerfen. DBB-Vorsitzender Alfred Krause widersprach Krupp energisch mit dem Hinweis, daß bei der Beamtenschaft der Durchschnittsverdienst nur deshalb über den in der Wirtschaft hinausgehe, weil hier der Anteil der Beschäftigten mit hoher beruflicher Qualifikation weit höher liege als im privaten Sektor. Krause widersprach Krupp auch, als er feststellte, daß sich der öffentliche Dienst keinesfalls als Instrument der Arbeitsmarktpolitik eigne. Die langen Vorlaufzeiten bei der Personalplanung des öffentlichen Dienstes, der sich beispielsweise schon heute auf die demographische Entwicklung einzustellen habe, die in den neunziger Jahren einen Mangel an qualifizierten Kräften bringen werde, verbiete ein rasches Reagieren auf konjunkturelle Schwächen am Arbeitsmarkt.

Parteien weitgehend einig über Gedenkstunde zum 8. Mai

Rede von Weizsäckers im Bundestag / Treffen in Torgau wird nicht mehr erwartet

PETER PHILIPPS, Bonn

Nach den – auch kontroversen – Diskussionen der vergangenen Wochen zeichnet sich jetzt ab, daß der Bundestag den Jahrestag des 8. Mai mit einer Gedenkstunde begehen wird, in deren Mittelpunkt eine Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker stehen soll. Das Bundeskanzleramt hat jedenfalls die Unterstützung Helmut Kohls für eine derartige Veranstaltung signalisiert, ein interfraktionelles Gespräch soll in der kommenden Woche letzte Klarheit über die Einzelheiten bringen.

Unabhängig davon wird immer noch die Idee eines ökumenischen Gottesdienstes am Morgen des 8. Mai im Kölner Dom verfolgt. Es hat inzwischen erste Kontaktgespräche auch mit dem Kanzleramt gegeben, aber nachdem Kohl aus den Kirchen Kritik darüber zu hören bekam, daß er öffentlich diesen Vorschlag in die Debatte eingebracht hat, hält sich sein Amt mit Äußerungen zu dem Komplex zurück, verweist auf die „alleinige Zuständigkeit der christlichen Kirchen".

Der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, hatte erst vorgestern noch einmal auf der Synode in Bad Neuenahr klargestellt, daß ein Gottesdienst „einzig und allein Sache der Kirchen" sei. Kohl habe den Eindruck erweckt, die Kirchen sollten die Kulisse für eine staatliche Veranstaltung abgeben. Dazu werde man sich nicht hergeben. Die Beratungen zwischen katholischer Bischofskonferenz und dem Rat der EKD seien auch noch abgeschlossen.

Eine gewisse Erleichterung herrscht in Bonn darüber, daß es mit „ziemlicher Sicherheit" nicht zu einem demonstrativen Treffen der ehemaligen Alliierten USA und Sowjetunion im schicksalsträchtigen Torgau an der Elbe kommen wird. Auf den verschiedensten Kanälen hat die Bundesregierung der Regierung Reagan ihre Bedenken gegen eine derartige Begegnung übermittelt, unter anderem während des privaten Besuchs von US-Außenminister George Shultz in dem Privathaus des Kanzlers. Dabei wurde auch auf die Revanchismus-Kampagne Moskaus der vergangenen Wochen Bezug genommen. Wie es jetzt im Kanzleramt heißt, sei man allerdings nicht sicher, ob das Treffen in Torgau von der US-Regierung „je ernsthaft in Erwägung gezogen worden" sei.

Noch „schwebend unwirksam" ist Kohls Überlegung, den 8. Mai zu einer Friedens-Geste mit US-Präsident Ronald Reagan – vergleichbar der Versöhnungsfeier mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand in Verdun – zu nutzen. Es gibt bisher aus Washington jedenfalls noch keine „feste Zusage", daß Reagan noch zwei oder drei Tage nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wird. Die „Tendenz" sei aber „positiv", heißt es in Kohls Umgebung.

Zugleich werden auch alle Spekulationen zurückgewiesen, daß sich Kohl gegen einen eventuellen Besuch mit Reagan in einem Konzentrationslager, „beispielsweise Dachau", sträuben würde: Hierzu gebe es „überhaupt keine Einwände". Im übrigen sei der Kanzler mit dem Bundespräsidenten am 21. April aus Anlaß der Befreiung auch im KZ Bergen-Belsen.

Es scheint sich also ein Konsens unter den politischen Repräsentanten in Bonn über den 8. Mai abzuzeichnen. Vor allem die SPD hatte sich im Vorfeld dieses Themas bemächtigt und – unter Kritik an Kohls Idee des stillen Gedenkens während eines ökumenischen Gottesdienstes – den Gedanken an eine Bundestags-Sondersitzung aufgebracht. Von Weizsäcker, so die Aufforderung der Parteiführer Brandt und Vogel, sollte neben den Worten über die Vergangenheit auch etwas Zukunftsweisendes „für das ganze Volk" sagen. Nachdem vor wenigen Tagen Bundestags-Präsident Philipp Jenninger sich öffentlich positiv zu diesem Gedanken geäußert hatte, zeichnete sich die Einigung bereits ab.

Doch trotz der neuen Einheitlichkeit ist die Diskussion über den Sinn einer Gedenkstunde im Bundestag noch nicht verstummt – wohl auch angesichts der sich abzeichnenden Militär-Demonstrationen des Ostblocks. Während Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel beispielsweise in einem WELT-Gespräch mahnte, sich an diesem Tag der Kapitulation „als Republik" nicht „zu verschweigen", weil dies ein „Offenbarungseid ganz eigener Art" wäre, hat der Hamburger Theologe und ehemalige Mitstreiter der Bekennenden Kirche, Helmut Thielicke, ebenfalls in der WELT davon gesprochen, daß er „am liebsten verstummen möchte".

Thielicke sagte, es würde ihm „als Heuchelei erscheinen, so etwas wie eine einheitliche, alle Gruppen unseres Volkes umfassende Kundgebung zu planen, selbst wenn es ein Gottesdienst im Kölner Dom" wäre. Aber er äußerte Verständnis dafür, daß es den Politikern schwer fällt, „auf ihr eigenes Wort zu verzichten und es in diesen religiösen Kundgebungen aufgehen zu lassen", die er für angemessen hält.

Gebühren auch zugunsten der Privatsender?

dpa, Hannover

In der niedersächsischen CDU-Landesregierung scheinen Vorstellungen konkretere Formen angenommen zu haben, privaten Betreibern von Rundfunk- und Fernsehsendern auf gesetzlicher Grundlage die Möglichkeit zu geben, am allgemeinen Gebührenaufkommmen für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu partizipieren. Wie gestern ein Sprecher der Staatskanzlei in Hannover mitteilte, gibt es entsprechende Überlegungen von Ministerpräsident Ernst Albrecht, die Anlaß für eine Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten durch Mitarbeiter der Kanzlei seien. „Diese Prüfungen stecken allerdings noch sehr in den Anfängen", sagte der Sprecher. Hintergrund für derartige Maßnahmen sei unter anderem, daß der Hessische Rundfunk vom 1. Januar an in seinem Dritten Fernsehprogramm Werbesendungen ausstrahlt.

Gegen eine Ausweitung des Werbefernsehens durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten hatten die Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder mehrfach schwere Bedenken erhoben. Ministerpräsident Albrecht hatte nach dem Scheitern einer Konferenz der Ministerpräsidenten der SPD- und unionsregierten Länder in einem dpa-Interview darauf hingewiesen, daß die von der Union regierten Länder der Ansicht seien, der private Rundfunk solle nicht durch Gebühren finanziert werden. Dies setze aber voraus, daß der Werbemarkt den Privaten auch zur Verfügung stehe und nicht über das bisherige Maß hinaus durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten abgeschöpft werde. Sollten Landesrundfunkanstalten in von der SPD regierten Ländern ihre Werbung ausdehnen, dann müßte möglicherweise auch die Finanzierung privater Sender durch Gebühren sichergestellt werden.

Berliner Grüne: Wahlzulassung unter Vorbehalt

F. D. Berlin

Der für die Berliner Wahlen am 10. März dieses Jahres zuständige Landeswahlausschuß hat den Landesverband der Berliner Grünen nur unter Vorbehalt zur Wahl zugelassen. Über die Zulassung soll dann erneut beraten werden, falls der Bundesverband der Grünen die Berliner Mitglieder rechtskräftig ausschließen sollte. Ein solcher Schritt war am Montag in Bonn angekündigt worden, da nach Ansicht des Bundesverbandes der Grünen der Berliner Landesverband – er besteht ohnehin nur aus rund 130 Mitgliedern – neonazistisch unterwandert sein soll.

Sollte eine derartige Entscheidung erst nach *Druckbeginn* für die rund 4,5 Millionen Stimmzettel fallen, müßten im ungünstigsten Fall diese Stimmzettel – jeder der 1,52 Millionen Berliner Wahlberechtigten verfügt über drei Stimmen für die Landes- und Bezirksliste – eingestampft und neu gedruckt werden. Der Landesvorsitzende der Berliner Grünen, Hubert Bjarsch, hält hingegen einen Ausschluß des Berliner Landesverbandes für „unwahrscheinlich, da wir die gegen uns erhobenen Vorwürfe ausräumen werden".

Die Grünen wollen parallel zu der *Alternativen Liste (AL) kandidieren*, die bei den letzten Wahlen immerhin 7,2 Prozent der Stimmen erreichte und in diesem Jahr in der Reihenfolge auf den Stimmzetteln erstmals vor der FDP vertreten ist, die 1981 nur 5,6 Prozent der Zweitstimmen erhielt und in diesem Jahr sogar um den Einzug ins Landesparlament bangen muß.

Auf Platz sieben der Stimmzettel wird am 10. März die „Demokratische Alternative" auftauchen, die neue Partei des im November aus der CDU ausgescherten ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dietrich Bahner. Sie wird in allen zwölf Bezirken um Stimmen werben. Parteigründer Bahner tritt im Wahlkreis Neukölln direkt gegen seinen langjährigen politischen Weggefährten und Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen an.

Das Schauermärchen von der „Rucksackbombe"

WOLFRAM VON RAVEN, Bonn

Regierungssprecher Sudhoff und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Willi Weiskirch, haben kritisiert, daß die Bevölkerung mit Meldungen von sogenannten Tornister-Atombomben verunsichert würde. Die Bewaffnung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland sei schon immer deren Sache gewesen. Weiskirch: „Wenn jetzt deutsche Oppositionspolitiker Alarm schlagen, dann müssen sie sich fragen lassen, wie es denn zur Zeit sozialdemokatischer Regierungen gewesen war."

Schreckensnachrichten scheinen wieder einmal anti-amerikanische Gefühle in unserem Lande aufzuputschen: „Rucksackbomben" – das heißt: Kernwaffen in Miniaturformat – sollen bei den „Special Forces" in Bad Tölz lagern. Derlei Sprengmittel – so wird daraus geschlossen – dienten dem Zweck, im Kriegsfalle von Einzelkämpfern in Feindesland getragen und dann dazu verwendet zu werden, Flugplätze und dergleichen in die Luft zu jagen ...

Bei präziser Prüfung erweist sich die phantastische Geschichte, die zum Zerrbild des häßlichen, gar bösartigen Amerikaners vortrefflich paßt, allerdings als ein Schauermärchen. Worum handelt es sich denn in Wahrheit?

Erstens: Zum Atomarsenal der US-Streitkräfte gehören Sprengmittel verschiedener Detonationswerte und Gewichte, sogenannte ADM (Atomic Demolition Means), die bereits Mitte der sechziger Jahre – bedingt durch die Fehlübersetzung „Atomminen" – für Erregung sorgten. Sie sind ihrer Natur nach im kleinen wie im großen Format nur zum Einsatz auf eigenem Terrain geeignet, haben also den alleinigen Sinn, Engpässe etwa im gebirgigen Gelände zu sperren, um den Angriff in eine für die Verteidigung gewünschte Richtung zu lenken.

zweitens: Die militärischen Einsatzregeln wurden durch politische Richtlinien von der nukelearen Planungsgruppe der NATO festgelegt, so daß die ADM dem gleichen Verfahren der Konsultation im Rahmen des Paktes unterliegen wie andere Kernwaffen. Es wäre zudem widersinnig, wenn es Washington, das die Verfügungsgewalt über Atomkampfmittel besitzt, Kommandotrupps freigestellt hätte, die Entscheidung zur Eskalation – zum Übergang von der konventionellen zur atomaren Kriegführung – gleichsam selbständig zu treffen.

Drittens: ADM eignen sich kaum irgendwo für den Einsatz in unserem dichtbesiedelten Land, sondern allenfalls in menschenarmen Gebieten anderswo. Zudem wurden die konventionellen Sprengmittel so weit entwickelt, daß es in den meisten Fällen keiner atomaren Detonationskörper bedarf, um den erstrebten Zweck zu erreichen. Daher gehören die geschilderten Mittel zu jenen 1400 Kernwaffen für das Gefechtsfeld, die nach den Beschlüssen der NPG aus dem Jahre 1983 im Laufe von fünf Jahren vom eventuellen Schlachtfeld entfernt werden sollen.

Die Regierungen der Stationierungsländer amerikanischer Streitkräfte in Europa sind über die Lager von Atommunition jeglicher Art in *ihren Hoheitsbereichen unterrichtet*. Sie haben im Umfeld der Depots Verantwortung für die Sicherheit. Alle Bundesregierungen in Bonn richteten sich bisher nach dem Grundsatz, über die Orte der Lagerung keine Mitteilungen an die Öffentlichkeit zu machen. Auch das dient der Außensicherung dieser Depots, für deren Innenschutz die Streitkräfte der USA zuständig bleiben.

Die Affäre zeigt wiederum, daß es not tut, Klarheit in die Sprachverwirrung zu bringen. Ein Jargon der Sensationsmache eignet sich nicht zur *politischen und publizistischen* Behandlung der psychologisch sensitiven Felder militärischer Planung. Oder kommt es denen, die sich nun so empört gebärden, wider besseres Wissen darauf an, propagandistische Effekte zu erzielen, die der NATO Schaden zufügen?

Die Umbildung seines Kabinetts bereitet Vogel noch Kopfzerbrechen

Von JOACHIM NEANDER

Als Bernhard Vogel, aus den Bergen zurück, dieser Tage in seinem Mainzer Amtszimmer wieder die Last (und Lust) des Regierens übernahm, konnte er sich wie so oft in jüngster Zeit durch einen Blick aus dem Fenster trösten. Drüben der Kollege, Holger Börner auf der anderen Rheinseite, hat es wesentlich schwerer.

Aber auch der CDU-Mann Vogel hat kein leichtes Jahr vor sich: Bis zur Verwirklichung seiner wichtigsten eigenen politischen Vorhaben führt noch ein steiniger Weg. Auf das hingegen, was in den kommenden *Wochen die politische Öffentlichkeit* des Landes Rheinland-Pfalz bewegen wird, hat er wenig oder gar keinen Einfluß.

Vorhaben Nr. 1, der Medien-Staatsvertrag der Bundesländer und überhaupt die Wiederherstellung eines Minimalkonsenses der Parteien auf diesem Feld, hätte eigentlich bereits erledigt sein sollen. Daß Bernhard Vogel, der sich als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten wie ein Moderator unter Gesamtverantwortung fühlt, kurz vor dem Ziel der Vertragsunterzeichnung scheiterte, hat nicht er zu verantworten. Es entmutigt ihn auch nicht. Er will es weiter versuchen. Allerdings wird seine Doppelrolle – einerseits mit dem auch für das Satellitenfernsehen bundesweit wichtigen Ludwigshafener Pilotprojekt Vorreiter ins Medienneuland, gleichzeitig aber auch Vermittler zu sein – zusehends schwieriger werden.

Auch Vorhaben Nr. 2 trägt die persönliche Handschrift des jeder Voreiligkeit abholden Regierungschefs. Der Kabinettsbeschluß, den Umweltschutz in Zeitgeistmanier in die Landesverfassung aufzunehmen, ist *in der eigenen Partei nicht ganz un*-umstritten. Um dem zu erwartenden Vorwurf, das Ganze sei nicht mehr als eine leere Geste, von vornherein zu begegnen, will Vogel der Verfassungsänderug noch 1985 ein großes, schlüssiges Landesumweltprogramm mit konkreter Ziel- und Maßnahmenbenennung an die Seite stellen.

Da stecken natürlich noch viele Teufel im Detail. Zwar hat der Ministerpräsident im neu entstandenen Gigantenressort Soziales, Gesundheit und Umwelt mit Minister Rudi Geil und Staatssekretär Klaus Töpfer für das neue Programm zwei Männer parat, die erstens Ansehen auch über die Landesgrenzen hinaus genießen und zweitens genügend Durchsetzungsvermögen zu haben scheinen, um auch Unbequemes gegen Verwässerungsversuche von außen behaupten zu können. Aber gerade

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

dies könnte am Ende Vogels Vorhaben Nr. 3, die versprochene und nun endlich fällige Kabinettsumbildung zur Mitte der Legislaturperiode, in Mitleidenschaft ziehen.

Der Chef würde am liebsten seinem Freund Rudi Geil als Nachfolger des in Pension gehenden verdienten Heinrich Holkenbrink das Wirtschaftsressort übertragen, um dafür im Umweltministerium Professor Töpfer zum Minister zu machen. Aber Geil hat den Ehrgeiz, all das, was er im schwierigen Umweltbereich in den letzten Monaten gelernt, angebahnt und begonnen hat, auch unter eigener Verantwortung wenigstens zu einem vorläufgen Abschluß zu bringen. So ist nicht auszuschließen, daß das Kabinettsrevirement, bei dem außerdem mit Landwirtschaftsminister Otto Meyer auch der langjährige Stellvertreter des Ministerpräsidenten sowie (auch er auf eigenen Wunsch) Bundesratsminister Johann Wilhelm Gaddum ersetzt werden müssen, sich weiter bis zur Mitte des Jahres 1985 hinzieht.

Zunächst aber werden all diese Probleme überschattet von einem Vorgang, dem der Regierungschef nur zuschauen kann. In dieser Woche beginnt der parlamentarische Untersuchungsausschuß, *der sich mit den* Parteispenden befassen und insbesondere prüfen soll, ob und wieweit sich rheinland-pfälzische Regierungsmitglieder in den frühen 70er Jahren pflichtwidrig in die steuerliche Behandlung einiger sogenannter staatsbürgerlicher Vereinigungen im Lande eingeschaltet haben, mit den ersten öffentlichen Vernehmungen. Schon jetzt ist erkennbar, wen die oppositionelle SPD im Ausschuß dabei vor allem im Visier hat: den damaligen Finanz- und heutigen Bundesratsminister Gaddum, von dem es in SPD-Kreisen nach fleißigem Studium der Akten über die Feiertage bereits heißt, er werde diesen Ausschuß möglicherweise nur als „politisch Schwerbeschädigter" verlassen.

All das liegt weit vor Vogels Zeit als Ministerpräsident. Freilich hat er keinen Grund, den Verlauf der Ausschußberatungen gering zu achten. Erstens wird dort der designierte neue Oppositionsführer Rudolf Scharping (SPD) vermutlich deutlich machen, wie er Opposition versteht, nämlich als messerscharfe Konfrontation bis ins letzte Detail hinein. Scharping, der den gesundheitlich angeschlagenen Hugo Brandt entgegen den Planungen nun doch bereits vor der Sommerpause als Fraktionsvorsitzender und im September als Landesvorsitzender ablösen wird, ist bekannt für seine gründliche Vorbereitung und sein Gedächtnis.

Zweitens gibt es aber auch hier einen Zusammenhang mit Vogels Personalplänen. Gaddum soll bekanntlich Präsident der Landeszentralbank werden. Wie der im *Grunde über die Parteigrenzen hin*-weg hoch angesehene Minister aus den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses hervorgeht, davon wird abhängen, wie glatt das große Revirement in Mainz vonstatten gehen kann.

Apel grenzt SPD von Alternativen ab

F. D. Berlin

Mit der Aufforderung an die rund 1,2 Millionen Berliner Wahlberechtigten, am 10. März „der Bonner Wende die Quittung zu erteilen", hat der Berliner SPD-Spitzenkandidat Hans Apel die „heiße Wahlkampfphase" an der Spree eröffnet. Apel nutzte ein „Republikanisches Fest" zu scharfen Attacken gegen die Bonner Regierungskoalition und die Berliner CDU. Er warf dem Berliner CDU-Chef Eberhard Diepgen vor, „alle Schweinereien der Bonner Wendepolitik mitzumachen".

Befürwortern von Koalitions- oder Tolerierungsgesprächen mit der Alternativen Liste erteilte Apel bei der Wahlkampf-Eröffnung erneut eine Absage. Der SPD-Politiker bekannte sich wie in der Vergangenheit zur „festen Westbindung" der Stadt und der „vollen Präsenz der Schutzmächte". Apel wörtlich: „Da gibt es für uns keine Kompromisse." Im gleichen Atemzug attestierte Apel den Alternativen „politpubertäre Träumereien" und bezog dies vor allem auf die oft geäußerte Forderung nach einer „autofreien Stadt".

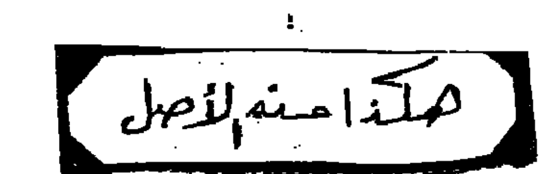
Gegendarstellung

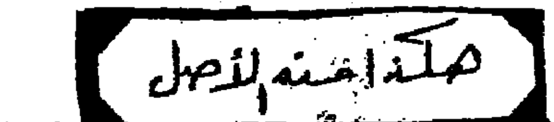
In der Ausgabe vom 27. 12. 1984 hat „Die Welt" behauptet, ein deutsches Gericht habe mich aus Mangel an Beweisen von dem Vorwurf freigesprochen, „die linksgerichtete japanische Terrororganisation Rote Armee unterstützt zu haben".

Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ein solcher Vorwurf nie gegen mich erhoben wurde. Der tatsächlich gegen mich erhobene Vorwurf, die westdeutsche RAF (Rote Armee Fraktion) unterstützt zu haben, wurde von der Justiz nicht aufrechterhalten.

Brigitte Heinrich, MDEP

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632





Gemischte Reaktionen beim Südafrika-Besuch Kennedys

Keine greifbaren Ergebnisse / Proteste von Radikalen

M. GERMANI, **Johannesburg**

Die Reise von Senator Edward Kennedy nach Südafrika, auf Einladung des Friedensnobelpreisträgers Bischof Tutu sowie des Präsidenten des Weltbundes der reformierten Kirchen, Alan Boesak, hat gemischte Reaktionen hervorgerufen. Während Kennedy bei seiner Ankunft auf dem Jan-Smuts-Flughafen am Samstag betonte, er wolle den „friedlichen Wandel" fördern, und Bischof Tutu nachdrücklich mitteilte, wie sehr er Kennedys Besuch im „Getto" begrüße, wurde dieser vor seiner Abfahrt nach Soweto von Mitgliedern der radikalen „Azanian Peoples Organisation" (Azapo) und schwarzer „Bewußtseinsbewegungen" mit den Rufen „Kennedy go home" empfangen.

Umstritten ist auch, ob die Begleitung des Senators auf Anweisung der Sicherheitspolizei kehrtmachte oder freiwillig in einem Hotel der Stadt übernachtete. Vor dem Hause Tutus stationierte Polizisten bestritten der Presse gegenüber, vor angeblichen Demonstrationen gewarnt zu haben. Kennedy verbrachte die Nacht allein im Hause Tutus. Schwerpunkt der Reise Edward Kennedys, dessen Bruder Robert Südafrika vor 18 Jahren besucht hatte, sind Begegnungen mit Vertretern der Schwarzen und Besuche in den schwarzen Städten des Landes. Demgegenüber war das Treffen mit Außenminister Botha durch seine „Beiläufigkeit" gekennzeichnet. Botha erklärte der Presse, bei den Gesprächen sei die Frage der Kampagne einer Gruppe US-Politikern gegen Investitionen in Südafrika berührt worden. Auch habe man über die Fortschritte in den Sport- und Arbeitsbeziehungen zwischen Schwarz und Weiß gesprochen. Senator Kennedy war nur bei seinen Besuchen in den schwarzen Vorstädten zu *Gesprächen mit der internationalen* Presse bereit.

Die Medien widmeten dem Besuch je nach ihrer ideologischen Ausrichtung mehr oder weniger Aufmerksamkeit. Politisch brachte der Besuch keine greifbaren Ergebnisse.

Israel steht vor strategischer Entscheidung

Libanon ist der einzige Trumpf in der Hand Syriens / Warum Dschumblatt eine Einigung verhindert

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Mit einem Hubschrauber flogen die vier libanesischen Offiziere in das Örtchen Nakura im Süden ihres Landes, um am Abend, nach der Vertagung der israelisch-libanesischen Verhandlungen, unverrichteterdinge wieder in Beirut zu landen. Ohne den Hubschrauber hätten die Generäle des libanesischen Präsidenten Gemayel nicht an den Verhandlungsort in ihrem eigenen Land gelangen können. Ein Minister Gemayels, der Drusenführer Dschumblatt, blockiert seit Monaten mit militärischer Gewalt den Verkehr zwischen Beirut und dem Süden. Er war in Nakura nicht zugegen. Dennoch ist er wahrscheinlich die Schlüsselfigur, die die Verhandlungen in Nakura im Auftrag eines größeren Bruders und in eigenem Interesse zum vorläufigen Scheitern brachte.

Das Hubschrauber-Manöver ist für die Einschätzung der momentanen Lage in Libanon und in der Region ebenso entblößend wie die Präsenz Dschumblatts beim achten Regionalkongreß der syrischen Baath-Partei dieser Tage in Damaskus. Auf diesem Kongreß sagte Dschumblatt in einer Rede, er lehne den Sicherheitsplan seiner Regierung kategorisch ab. Dieser Plan sieht die Entsendung von libanesischen Soldaten in das Küstengebiet südlich Beirut vor, was einer Ausdehnung der Autorität der libanesischen Zentralgewalt gleichkommt. Deswegen sind die Straßen blockiert und Dschumblatt bekundet sein Weigern auf einem Forum, das offizieller nicht sein kann. Syriens Präsident Assad aber hatte dem libanesischen Präsidenten versichert, alles zu tun, um den Sicherheitsplan zu verwirklichen.

Das libanesische Verwirrstück hat einen gemeinsamen Nenner. Sicherheitsplan und Nakura-Verhandlungen stehen in einem inneren Zusammenhang. Damaskus ist an einer Stärkung der libanesischen Zentralgewalt ebensowenig interessiert wie an einem Erfolg in Nakura. Die Stärkung würde die syrische Präsenz überflüssig machen, zumindest dem Drängen in der arabischen Welt auf einen syrischen Abzug politische Bedeutung verschaffen. Vor allem, wenn auch Israel abzöge.

Assad weiß, daß Israel sich aus dem libanesischen Labyrinth zurückziehen will. Ausmaß und Modalitäten solch eines Rückzugs aber sind in Israel Koalitionsmaterie, müssen also mit dem Likud-Block ausgehandelt werden. Der widersetzt sich einem totalen Abzug, weil dadurch die syrische Hoffnung auf einen Status quo ante Juni 1982 erfüllt und nach einem Abzug der Süden sofort wieder von palästinensischen Terroristen infiltriert würde. Nach zuverlässigen Informationen befinden sich schon jetzt mehrere hundert prosyrische PLO-Kämpfer im drusisch kontrollierten Gebiet südlich von Beirut. Mehr noch: Ein totaler Abzug ohne Verhandlungsergebnis wäre ein Präzedenzfall, der die radikalen Friedensgegner im arabischen Lager , allen voran Syrien, stärken müßte. Damaskus könnte diesen Abzug und seine Blockade-Politik als Argument gegen jedwede Verhandlung mit Israel verwenden, somit auch das Vertragswerk von Camp David infrage stellen und Ägypten wieder zu einer feindseligen Haltung gegenüber Israel bewegen.

Diese Zusammenhänge wird der für Sicherheitsfragen zuständige Sonderausschuß des israelischen Kabinetts ins Kalkül ziehen, den Ministerpräsident Peres gestern zu dringenden Beratungen einberufen hat. Es geht dabei um handfeste strategische Entscheidungen, nicht nur um einen Abzug aus Libanon. Denn Libanon ist heute der einzige Trumpf in der Hand der Syrer. Sticht er, dann kann sich Damaskus wieder berechtigte Hoffnungen auf eine Führungsrolle in der arabischen Welt machen - was die Kriegsgefahr nicht gerade mindert. Geht er verloren, so steigen die Chancen für direkte Verhandlungen arabischer Staaten mit Israel, weil Syrien dann in die Isolation gedrängt ist – was die Kriegsgefahr ebenfalls erhöht.

Syriens Schlüsselrolle für Krieg oder Frieden wird heute von fast keinem Beobachter der nahöstlichen Szenerie bestritten. Angesichts der ungewöhnlich massiven Aufrüstung Syriens auch mit modernsten Waffensystemen (58 Prozent des Gesamthaushalts für das Jahr 1984 kamen den Streitkräften zugute) fällt es schwer, den Militärdiktatoren in Damaskus friedliche Absichten zu unterstellen. Die Modernisierung wird im Frühjahr abgeschlossen.

Erneut Streit Rumänien/ Ungarn

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Zwischen Ungarn und Rumänien ist es zu einer neuen Runde von polemischen Auseinandersetzungen über die Frage nationaler Minderheiten und Volksgruppen gekommen.

Offenbar als Antwort auf eine Rede des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu, in der dieser die nationale Frage in Rumänien für endgültig gelöst erklärt hatte, schrieb jetzt die Budapester Zeitung „Magyar Nemzet", die Ausübung „demokratischer nationaler Rechte" stelle eine grundlegende Voraussetzung dar, um die „gewaltsame Assimilierung" von Nationen und Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa zu verhindern. Zugleich sprach „Magyar Nemzet" von der Notwendigkeit, die „nationale Identität" der Völker zu bewahren.

Es besteht kein Zweifel, daß die ungarische Zeitung, die als Organ der patriotischen Volksfront eine wesentliche offiziöse Stimme darstellt, hiermit auf die Lage der zwei Millionen Menschen zählenden ungarische Volksgruppe im rumänischen Siebenbürgen angespielt hat.

„Magyar Nemzet" erklärte ferner, daß Sprache und Kultur in Mittel- und Osteuropa eine besondere Bedeutung besäßen und übte damit indirekte Kritik an der Kulturpolitik des rumänischen Regimes. Bukarest will seit geraumer Zeit den Gebrauch der ungarischen Sprache in Rumänien einschränken.

Ceausescu hatte wiederum die ungarischen Anfeindungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes verurteilt. Vor Vertretern der deutschen und der ungarischen Minderheit hatte der rumänische Staats- und Parteichef scharfe Angriffe gegen nicht näher genannte Länder gerichtet, die sich in die rumänische Nationalitätenpolitik „einmischen" wollten.

Ceausescu sagte, daß die „reaktionären, imperialistischen, neo-faschistischen und Horthy-Kreise" eine Verleumdungskampagne gegen Rumänien führten. Regimetreue Vertreter der ungarischen und deutschen Volksgruppen erklärten aus gleichem Anlaß, ausländische Kreise würden die Nationalitätenfrage in Rumänien absichtlich aufheizen.

Priester in Beirut entführt

dpa/AP, **Beirut**

Wenige Stunden nach der Befreiung des Schweizer Diplomaten Eric Wehrli ist gestern morgen in West-Beirut der amerikanische katholische Priester Martin Laurence Jinco entführt worden. Sein Auto wurde nach Polizeiangaben von Unbekannten gestoppt, als er zur Arbeit fahren wollte. Sie fuhren mit ihm in einem anderen Fahrzeug davon.

Der in der vergangenen Woche entführte Eric Wehrli ist gestern von der schiitischen Amal-Miliz befreit worden. Er war unverletzt. Angaben über die Identität seiner Entführer konnte Wehrli nicht machen. Nach den Worten des Führers der Amal-Miliz, Nabih Berri, führt eine Spur in die Schweiz. Die Entführer seien Verwandte jenes Mannes gewesen, der im November 1984 versucht haben soll, ein Kilogramm Sprengstoff von Beirut über Zürich nach Rom zu schmuggeln.

Dauerstreit um Zypern belastet die Südostflanke der NATO

E. ANTONAROS, **Athen**

Nicht zu Unrecht haben Politiker und Diplomaten in Athen und Ankara seit gut drei Jahrzehnten Zypern als das zuverlässigste Stimmungsbarometer für die äußerst schwierigen Beziehungen zwischen den NATO-Partnern Griechenland und der Türkei bezeichnet. Wann immer es auf oder um Zypern gekriselt hat, entstanden Spannungen zwischen Griechen und Türken. Dies war vor allem seit dem Zypern-Krieg im Sommer 1974 der Fall. Umgekehrt haben sich Entspannungsphasen auf Zypern auch auf das Verhältnis der beiden Nachbarn zueinander positiv ausgewirkt.

Gerade deshalb blicken viele Beobachter den Gesprächen hoffnungsvoll entgegen, die der zyprische Staatspräsident Spyros Kyprianou und der türkische Volksgruppenführer Rauf Denktasch nach langer Vorbereitung am 17. Januar höchstwahrscheinlich in New York abhalten wollen. Die beiden Spitzenpolitiker der seit gut zehn Jahren geteilten Inselrepublik kommen zum erstenmal seit vielen Jahren zusammen. Nie zuvor waren die Aussichten *auf eine Einigung* besser.

Eine Annäherung auf Zypern würde sich zweifelsohne auch auf die beiden Mutterländer auswirken und die seit Jahren angeschlagene Südostflanke der NATO, die in den letzten Jahren wegen der brisanten Nahost-Problematik, der Situation in Iran und des Golfkrieges an geopolitischer Bedeutung gewonnen hat, wieder funktionsfähig machen.

An der Bedeutung einer Zypern-Lösung für die Griechen läßt Athens Regierungschef Papandreou keine Zweifel aufkommen: Erst letzte Woche reagierte er auf eine Dialog-Offerte des türkischen Ministerpräsidenten Özal mit der Feststellung, daß Gespräche zwischen Athen und Ankara erst nach einer Beilegung des Zypern-Konflikts aufgenommen werden könnten. Mit anderen Worten: Türkische Konzessionen würde Athen als Geste des guten Willens betrachten, die es Papandreou ermöglichen würde, mit Ankara zu reden.

Außenstehenden mag das griechische Gerede vom „türkischen Expansionismus" – übrigens ein Ausdruck, der von allen griechischen Parteien benutzt wird – übertrieben

DIE ● ANALYSE

erscheinen. Aber in der historischen Perspektive ist diese tiefsitzende Angst verständlicher: 400 Jahre lang lebten die Griechen unter türkischer Okkupation. Ihren Befreiungskrieg führten sie gegen das Osmanenreich, und die Besetzung von Nord-Zypern vor zehn Jahren durch türkische Truppen macht sie skeptisch.

Papandreou, im Westen oft als Moskau-Sympathisant verteufelt, was angesichts von zahlreichen Äußerungen kein Wunder ist, macht im Grunde genommen nichts anderes, als die Angst der Griechen vor den Türken für seine innenpolitischen Ziele auszunutzen.

In westlichen Hauptstädten – vor allem in Washington – scheinen die Außenpolitik-Planer endlich zur Einsicht gelangt zu sein, daß ohne eine Beilegung der bestehenden Probleme zwischen den beiden NATO-Nachbarn die NATO nicht funktionieren kann. Daher sind die Amerikaner, aber auch die Deutschen in letzter Zeit in Sachen Zypern offenbar besonders aktiv geworden. Mittelfristig könnte dies eine Korrektur des Amerika-Bildes bewirken und auch Papandreou den Wind aus den Segeln nehmen.

Rein theoretisch ist die Südostflanke der Allianz intakt. Seit Ende 1980 ist Griechenland wieder im militärischen Teil der NATO integriert. Aber der Streit über die Insel Lemnos verhindert, daß Manöver stattfinden; die militärische Planung wurde lahmgelegt. Dennoch will es Papandreou nicht auf einen Bruch ankommen lassen.

Ankaras Einstellung gegenüber der NATO ist klarer: Nie haben die Türken ihre atlantische Zugehörigkeit in Frage gestellt. Die Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués nach den Gesprächen des sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow letzte Woche in Ankara scheiterte unter anderem daran, daß die Türken die sowjetischen Positionen in der Raketenfrage – anders als die Griechen – und im Zusammenhang mit Afghanistan nicht gutheißen wollen.

Auch die Türken müssen allerdings Rücksichten nehmen, wenn ihre Politik nicht mit der ihrer NATO-Partner identisch sein kann. Dies trifft vor allem beim Umgang mit arabischen und anderen islamischen Ländern zu. Griechen und Türken wollen hier anders vorgehen. Auf diese neuen Realitäten muß sich die NATO einstellen. (SAD)

Von REINHART RICKER

Vom Recht des Bürgers, alle Programme, deren Empfang möglich ist, zu nutzen

„Der Staat muß den Privatfunk schützen“

Soll der private Rundfunk nur „geduldet“ werden – wie es offensichtlich der SPD vorschwebt – oder gibt es ein verfassungsrechtliches Gebot, ihn dauerhaft zu sichern? Der Mainzer Medienrechtler Professor Reinhart Ricker weist darauf hin, daß Privatfunk „eine realistische Existenzchance“ erhalten muß. Ricker wendet sich aus juristischer Sicht gegen eine Politik der Verweigerung, wie sie beispielsweise Hessen praktizieren will und nennt die Grenzen der Kooperationspflicht der Länder. Seine Ausführungen basieren auf einem Vortrag, den er Ende vergangenen Jahres vor der CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft gehalten hat.

Den Ländergesetzgebern steht es grundsätzlich frei, privaten Rundfunk einzuführen. Wenn aber ein Land diesen Schritt vollzogen und sich für ein privatwirtschaftliches System entschieden hat, so erwächst für den Einzelnen ein individualrechtlicher Anspruch, im Rahmen des Art. 5 GG selbst aktiv zu werden. Er ist also berechtigt, die Rundfunkfreiheit auszuüben. Aus diesem individualgrundrechtlichen Anspruch wiederum erwachsen dem Staat spezifische Schutzverpflichtungen. Ihnen hat der Staat, das heißt, der die Rundfunkordnung ausgestaltende Gesetzgeber, Rechnung zu tragen.

Der erforderliche Schutz des Individualrechts drückt sich darin aus, daß privater Rundfunk, dem der Gesetzgeber das Tor geöffnet hat, auch eine realistische Existenzchance erhalten muß. Dies ist kein bloßes medienpolitisches Postulat, sondern eine rechtliche Feststellung. Denn aufgrund des Rechtsstaatsprinzips ist auch der Gesetzgeber an Recht und Gesetz, vor allem an die Grundrechte gebunden.

Deshalb sind Regelungen rechtswidrig, die ein Grundrecht zwar theoretisch effektuieren, es aber in der Praxis leerlaufen lassen. Daraus folgt: Wenn der Gesetzgeber die Ausübung der individuellen Rundfunkfreiheit regelt, so müssen diese Regelungen aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit verläßlich und für den Einzelnen vorhersehbar sein. Werden auf diese Weise individuelle Rechtspositionen geschaffen, so muß auch ihre praktische Realisierung gesichert sein. Das Rechtsstaatsprinzip beschränkt daher den Handlungsspielraum des Rundfunkgesetzgebers auf folgende zwei Wege:

- Wenn er privaten Rundfunk will, so muß er ihm eine Ausgangsposition schaffen, die dessen Lebensfähigkeit sichert;
- wenn er ihn nicht will, braucht er ihn nicht einzuführen.

Vor diesem Hintergrund ist die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu problematisieren, die die Ministerpräsidenten in ihren Bremerhavener Beschlüssen ausgesprochen haben. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten beanspruchen einen angemessenen Platz in der Medienlandschaft von morgen.

Entscheidet sich aber ein Land für ein duales System, so treten die Fortbestands- und Entwicklungsgarantien für den öffentlich-rechtlichen und die für den privaten Rundfunk in Konkurrenz. Für die Existenzfähigkeit beider Medienträger hat der Staat Verantwortung übernommen. In diesem Zielkonflikt muß ein angemessener Interessenausgleich gefunden werden …

Wo dieser angemessene Interessenausgleich liegt, möchte ich an Einführung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks erläutern:

Obwohl die Bremerhavener Beschlüsse die Beschränkung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf den bisherigen Umfang vorsehen, wurde dieser Entschluß zur Einführung von Werbung im Dritten Hessischen Fernsehprogramm in die Tat umgesetzt. In diesem Zusammenhang sind zwei faktische Umstände von Bedeutung: Zum einen hat der HR erklärt, die neuen Werbeplätze seien für 1985 bereits völlig ausgebucht; man erwartet etwa 10.5 Millionen Mark an Einnahmen. Dieser Betrag entspricht ziemlich genau dem, den die privaten Fernsehgesellschaft EPF für ihr 90minütiges Regionalprogramm im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen jährlich benötigt. Das zeigt m. E., daß bereits geringfügige Ausweitungen der Werbung existenzbedrohende Ausmaße für den privaten Rundfunk annehmen können.

> „Schon die geringfügige Ausdehnung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kann existenzbedrohende Ausmaße für die privaten Veranstalter annehmen.“

Wo Rundfunk gemacht werden darf, ist nicht allein für die Veranstalter von Interesse, sondern auch und vor allem für den Bürger. Dies wird gelegentlich nicht deutlich genug gesehen. Gerade hier erscheint es mir besonders wichtig, daß die Länder einheitliche Lebensverhältnisse schaffen. Denn warum soll der Bürger in Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Berlin sich nicht aus der gleichen Fülle von Quellen informieren können, wie derjenige in Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen. Nach dem Grundgesetz ist der Bürger nicht Objekt staatlicher Informationspolitik, sondern dazu in der Lage und aufgerufen, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Um ihm dies zu ermöglichen, steht ihm das Grundrecht der Informationsfreiheit zu, die Freiheit, sich aus allen allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Allgemein zugängliche Quellen sind nach der Rechtsprechung des BVerfG vor allem die Massenkommunikationsmittel wie Presse und Rundfunk. Es besteht insoweit ein prinzipiell umfassender Zugangsanspruch zu allen Rundfunkprogrammen, deren Empfang möglich ist.

Den wesentlichen Maßstab für die Frage, wo Programme empfangen werden können, setzt also das Grundrecht der Informationsfreiheit des Kabelteilnehmers. Jede Regelung der Frage, was und in welcher Reihenfolge in Kabelanlagen eingespeist wird, hat sich hieran zu orientieren.

Gemäß den früheren Beschlüssen der Ministerpräsidenten sollen die Programme in der Reihenfolge ihrer Empfangsfeldstärke eingespeist werden. Diese Anknüpfung an eine meßtechnische Größe bringt zwar eine gewisse Objektivität des Verfahrens. Es ist aber zu berücksichtigen, daß es hier um die Informationsfreiheit des Rezipienten geht. Sein Grundrecht umfaßt auch das Recht der Selektion unter denjenigen Quellen, aus denen sich der Einzelne informieren will. Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten erlauben es, daß der Mechanismus von Angebot und Nachfrage, der im Pressebereich seit jeher als sogenannte „Abstimmung am Kiosk“ in Kraft ist, nunmehr auch beim Rundfunkempfang stärker zur Geltung kommt. Deshalb ist m. E. außer im Bereich der Basisversorgung allein die Entscheidung der Mehrheit der Kabelteilnehmer ausschlaggebend für die Reihenfolge der einzuspeisenden Programme.

Diese Auswahlentscheidung ist in einem formalisierten Befragungsverfahren zu ermitteln, das in regelmäßigen Abständen von etwa 3 Jahren wiederholt wird, um die Auswahlentscheidung stets aktuell zu halten.

Auch hinsichtlich der ausländischen Programme trifft der Bremerhavener Beschluß keine Regelung. Insbesondere wurde offengelassen, ob und wann ausländische Programme wegen rechtswidriger Inhalte von der Einspeisung ausgeschlossen werden dürfen. Eine solche Regelung müßte aber in den noch abzuschließenden Staatsvertrag aufgenommen werden …

Der regelnde Gesetzgeber muß sich vergegenwärtigen, daß der Adressat von aufsichtlichen Sanktionen in erster Linie der Veranstalter sein muß, nicht der Rezipient. Einschränkungen der Empfangsfreiheit sind daher stets die „ultima ratio“. Sofern sie aber zum Schutz höherrangiger Rechtsgüter unumgänglich sind, wird auch hier eine Güterabwägung notwendig. Dabei ist die Stärke des Zugangsanspruchs des Einzelnen zu dem jeweiligen Programm ausschlaggebend. Wie stark der Zugangsanspruch ist, richtet sich danach, in welchem Umfang ein Programm bereits allgemein empfangbar ist. Dies ist im breitesten Umfang bei denjenigen Programmen der Fall, die bereits heute mit durchschnittlichen Antennenanlagen von jedermann empfangen werden können; man spricht hier von den „in der Luft befindlichen Programmen“. Da hier der grundrechtliche Zugangsanspruch besonders stark ausgeprägt ist, sind Eingriffe nur in krassen, notstandsähnlichen Ausnahmefällen (etwa einer Sendung „Wie bastele ich eine Atombombe“) zulässig.

Müssen die Signale hingegen erst mit Kabeln, Richtfunk oder Satellit herangeführt werden, so sind sie zwar immer noch allgemein zugängliche Quellen. Denn sie sind nicht unerreichbar für den Rezipienten, sondern können technisch empfangen werden. Ihre Allgemeinzugänglichkeit ist aber geringer, so daß hier das Pendel stärker in Richtung Rechtsgüterschutz ausschlägt. Herangeführte Programme können also weitergehenden Empfangsbeschränkungen unterworfen werden, als die in der Luft befindlichen …

Besonderes Augenmerk richtet der Ministerpräsidenten-Beschluß vom 19. 10. auf die Verbreitung durch den direktstrahlenden Rundfunksatelliten. Die Tatsache, daß auf diesem Satelliten zunächst weniger Fernsehkanäle bereitstehen werden, als es Länder in der Bundesrepublik gibt, macht eine Lösung erforderlich, bei der möglichst alle Länder ihre medienpolitischen Ziele verwirklichen können. Denn sie alle sind Inhaber der Runfunkhoheit. Diese können sie aber nur dann realisieren, wenn sie sich auf eine gemeinsame, d. h. gruppenweise Nutzung der Kapazitäten einigen. Eine solche „pool“-Lösung liegt dem Bremerhavener Beschluß zugrunde. Sie ist auch sachgerecht, damit nicht einige wenige Länder „das Rennen unter sich ausmachen“, und die anderen leer ausgehen.

Was aber geschieht, wenn es doch nicht zu einer pool-Lösung kommt, etwa, weil der Staatsvertrag doch scheitert? – Denkbar wäre dann, daß Hessen seine verlautbarte Ankündigung wahrmacht, gegen die Abstrahlung von privaten Satellitenprogrammen verfassungsrechtlich vorzugehen. Dies könnte auf die Begründung gestützt werden, würde in Hessen privater Rundfunk etabliert, ohne daß ein entsprechendes hessisches Privatfunk-Gesetz verabschiedet worden wäre …

Technisch ist es nicht möglich, aus der Sendekeule des Rundfunksatelliten ein Landesgebiet „herauszustanzen“. Die Nutzung des Satelliten wird also dazu führen, daß seine Programme auch in Hessen empfangen werden können. Es fragt sich, ob dann der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens die übrigen Länder dazu zwingt, auf die Nutzung des Satelliten für privaten Rundfunk ganz zu verzichten. Müssen sie sich, wenn es nicht zu einer Einigung kommt, auf das schonendere Mittel der Kabelverbreitung beschränken, die an der Grenze des „Verweigererlandes“ unterbrochen werden kann?

> „Es fragt sich, ob ein Veto unter Berufung auf den Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens wirksam wäre, oder ob der Einspruch des Verweigererlandes nicht einen Mißbrauch darstellt.“

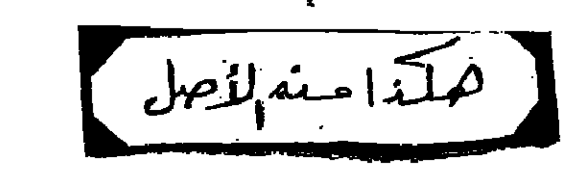
Ich meine, hier zeigen sich die Grenzen der Kooperationspflicht der Lönder. Der Rundfunksatellit ist ein wichtiges Medium, das nicht nur für private, sondern auch für öffentlich-rechtliche Veranstalter zusätzliche Sendemöglichkeiten bringt. Könnte ein Land durch sein Veto die Nutzung dieses Mediums gänzlich verhindern, so würde die positive Entscheidung der übrigen Länder durch die negative Einstellung eines Landes majorisiert. Es fragt sich, ob dieses Veto unter Berufung auf den Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens wirksam wäre, oder ob der Einspruch des „Verweigererlandes“ hier nicht einen Mißbrauch darstellt.

Der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens verlangt in erster Linie die Mitwirkung der Länder. Sofern eine Regelung, die alle Länder angeht, nur länderübergreifend getroffen werden kann, darf der Widerspruch eines Landes nicht dazu führen, daß diese Regelung völlig blokkiert wird. So aber wäre es hier: Die übrigen Länder waren an der Ausübung ihrer Rundfunkhoheit gehindert, wenn das Veto des Landes Hessen wirksam wäre. Deshalb wäre nach der Rechtsprechung des BVerfG zum Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens ein solcher Widerspruch mißbräuchlich und daher unbeachtlich. Er könnte das Zustandekommen einer länderübergreifenden Einigung nicht verhindern. Die Länder müssen daher, wenn sie sich ihre Gestaltungsfreiheit im Rahmen der Rundfunkordnung erhalten wollen, den Kompromiß über die Nutzung anstreben.

Was aber ist zu tun, wenn der Abschluß eines Staatsvertrages scheitert? - Können dann die Abwägungsgrundsätze, die für die Nutzung des Rundfunksatelliten gelten, auch auf die übrigen rundfunkrechtlichen Fragen angewendet werden? – Dürfen die B-Länder ihre eigene Rundfunkpolitik machen?

Die Rundfunkhoheit des Landes, das eine negative Entscheidung zum privaten Rundfunk getroffen hat, darf die Rundfunkhoheit derer, die sich positiv entschieden haben, nicht majorisieren oder ganz außer Kraft setzen. Die föderalistische Kooperation in Rundfunkfragen ist zwar ein wichtiges Gut. Sie sichert die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, was gerade für den Rundfunk, der sich bekanntlich nicht an Ländergrenzen hält, von wesentlicher Bedeutung ist. Zudem verhindert der notwendige Kompromiß der Länder, daß Partikularinteressen bei der Regelung überhand nehmen.

Wenn aber der Bruch unvermeidlich geworden ist, dürfen und brauchen die B-Länder nicht davor zurückzuschrecken, im Rahmen ihrer Rundfunkhoheit eigene Wege zu gehen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ostgebiete

„Wie endgültig ist die Oder-Neiße-Linie?"; WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrter Herr Conrad,

für Ihren Artikel möchte ich Ihnen namens des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen herzlich danken. Ich freue mich, daß es die WELT unter Ihrer Federführung unternommen hat, die Fakten dieses brisanten Themas in so objektiver und hervorragender Weise darzustellen. Viele Bürger, aber auch Politiker unseres Landes haben in der Tat die historischen und völkerrechtlichen Grundlagen der deutschen Ostgebiete vergessen bzw. wollen diese nicht mehr wahrha en und bezichtigen uns leichtfertig des ‚Revanchismus', nur weil wir uns für einen gerechten Frieden auch für unser Volk einsetzen. Wir brauchen daher aufrechte Mitstreiter, gerade auch in den Zeitungsredaktionen! Ihnen dafür Dank und Anerkennung zu sagen, ist mir ein echtes Bedürfnis.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Dewitz,
Berlin 61

„Im Gegenteil"

„Heroin aus dem Präsidentenpalast"; WELT vom 29./30. Dezember

Dieser Artikel behandelt den Heroinschmuggel per diplomatischen Kurier aus dem Außenministerium zur Botschaft meines Landes in Madrid.

Wie aus der internationalen Presse hervorgeht, haben der Staatspräsident von Kolumbien und der spanische Ministerpräsident sofort gehandelt, um Untersuchungen einzuleiten und jede Rauschgiftsendung zu unterbinden. Im zweiten Absatz, dritte Spalte des Artikels heißt es allerdings: „Kolumbiens Botschafter in Madrid hält es für ‚unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen', daß auch andere Missionen seines Landes in Europa mit Koks-Sendungen aus dem Staatspalast bedacht wurden."

Jedoch hat der Botschafter von Kolumbien in Madrid die von ihrer Zeitung als Zitat veröffentlichte Äußerung nicht gemacht. Ganz im Gegenteil hat er am 28. Dezember 1984 in der Tageszeitung „El Pais" in Madrid folgendes gesagt: „Laut Informationen, die mir meine Regierung zugeleitet hat, besteht überhaupt keine Möglichkeit, daß in irgendeiner unserer Botschaften in der Welt dieser unglaubliche Fall sich hätte wiederholen können."

Staatspräsident Betancur ebenso wie die gesamte Regierung und die Öffentlichkeit verwerfen aufs schärfste die Angriffe und Taten der Rauschgifthändler, und sie kämpfen mit vereinten Kräften dagegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Luis González Barios,
Botschafter von Kolumbien in der Bundesrepublik Deutschland

Vergebung?

„Marzabotto will Reder nicht vergeben"; WELT vom 31. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeden Tag rasseln diese Leute es herunter: „...vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern." Liebet eure Feinde! Alles nur Geschwätz. – Und soll dann für die von italienischen Partisanen erschossenen Deutschen auch keine Vergebung erfolgen? Wie weit sind wir doch noch vom Frieden entfernt! –

Mit freundlichen Grüßen
H. Rall,
Freudenstadt

Ideologieanfällig

„Leserbrief: Karlsruhe oder Plebiszit?"; WELT vom 31. Dezember

Sehr geehrte Herren,

Herr Dr. Dr. Sojka schreibt: „Wer die Fähigkeit des Bürgers zur Regelung seiner eigenen Belange leugnet ... muß die Demokratie als Staatsform durch eine bessere ersetzen", und ergänzt dies durch die zugesetzte Bemerkung vom „ausgewogen informierten" Bürger.

Wer ist schon ausgewogen informiert? Die einen glauben blind dem Fernsehen, bestreiten alles, was „die Springerpresse" berichtet und an Meinungsbildung anbietet, die anderen ersticken in der Flut der verfügbaren Informationen; jeder siebt auf seine Weise aus, was er an Information an sich heranläßt und was nicht. Hinzu kommt die Tatsache, daß Medien – legitimerweise! – Tendenzbetriebe sind.

Und was will Herr Dr. Sojka unter „Demokratie" verstehen? Sein Leserbrief läßt an Basis-Demokratie denken – aber das ist nicht die einzige Form, in der Demokratie existieren kann. Daher übersieht er, daß das Grundgesetz seine Forderung „die" Demokratie – nämlich diejenige, die er sich vorstellt – durch eine bessere zu ersetzen, bereits seit Jahrzehnten erfüllt hat. Unsere Verfassung hat anstelle der unpraktikablen Basis-Demokratie die bislang bestens bewährte repräsentative Demokratie ausgewählt. In ihr kann (und muß) sich der Wähler Abgeordneten und anderen Staatsträgern anvertrauen, solange er davon überzeugt sein darf, daß die staatlichen Institutionen sach- und fachgerecht entscheiden; solange Abgeordnete, Beamte, Richter lernbereit und nicht ideologieverblendet tätig sind, dürfen wir uns ihnen in dieser Weise anvertrauen und fahren besser dabei, als wenn wir unser Schicksal in die Hände einer plebiszitären Mehrheit legen, die weit weniger lernbereit und wesentlich stärker ideologieanfällig wäre.

Mit freundlichen Grüßen
K. Kroymann,
Hamburg 36

Wort des Tages

„Gegen den Strom der Zeit kann zwar der einzelne nicht schwimmen, aber wer Kraft hat, der hält sich und läßt sich nicht fortreißen."

Johann Gottfried Seume; deutscher Autor (1763–1810)

Personalien

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat seinen Weihnachtsurlaub in Wackersberg bei Bad Tölz beendet und ist nach Bonn zurückgekehrt, um die Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen. In Wackersberg besitzen die von Weizsäckers ein Haus. Den Urlaub nutzte der Präsident zum Skilanglauf und zum Lesen. Sein Buch Nummer eins war von **Thomas Nipperdey**, die „Deutsche Geschichte", 1800–1866. Der Personalrat des Bundespräsidialamtes und sein Vorsitzender **Horst Arnold** hatten dem Präsidenten das Buch geschenkt. Es war ein persönlicher Buchwunsch von Weizsäckers gewesen.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat Generalvikar **Bruno Kresing** für seine Verdienste in den zehn Jahren als Paderborner Generalvikar zum Apostolischen Protonotar ernannt. Bei der Übergabe der Ernennungsurkunde sprach Erzbischof **Degenhardt** seinen Dank für die „oft unbequeme und unangenehme" Arbeit aus, die der Generalvikar in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Erzbischof in stets seelsorgerlicher Ausrichtung erfüllt habe. Erzbischof Degenhardt hatte ihn am 10. April 1974 zum Generalvikar berufen. Ebenfalls seit 1974 gehört er dem Metropolitankapitel an. **Papst Paul VI.** ernannte ihn 1976 zum Päpstlichen Ehrenprälaten.

GEBURTSTAG

Der international bekannte Pflanzengenetiker Professor **Georg Melchers** feierte in Tübingen seinen 80. Geburtstag. Melchers gelang vor über zehn Jahren als erstem die heute verbreitete Pflanzenzucht aus Protoplasten, den ihrer Zellwand beraubten Zellkernen. Weltweit Aufsehen erregte er mit seiner auf der Verschmelzung von Zellkernen und Gen-Gruppen beruhenden Neuzüchtung von Tomoffeln (auch Karmaten genannt) aus Tomaten und Kartoffeln. Der aus der Lüneburger Heide stammende Melchers war vor über 50 Jahren in Berlin an das heutige Max-Planck-Institut für Biologie gegangen und mit dem vor Kriegsende verlagerten Institut nach Tübingen gekommen, wo er später eine eigene Abteilung erhielt. Professor Melchers, der auch lange Jahre engagiert politisch tätig war, ist vor wenigen Monaten in Anerkennung seiner Verdienste in die drei großen nationalen Akademien der Wissenschaften Frankreichs, Japans und der USA berufen worden.

ERNENNUNG

Abdul Waheed, Pakistans neuer *Botschafter in Bonn, hat gestern* Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Botschafter Waheed ist ein guter Kenner der politischen Verhältnisse in der Bundeshauptstadt, in der er schon zweimal auf Posten war. Der junge Diplomat, der dem Auswärtigen Dienst seines Landes seit 1960 angehört, zuvor hatte er Wirtschaft und internationales Recht studiert, wurde 1963 zum erstenmal an die Bonner Botschaft versetzt. Er blieb bis 1967. Danach erfolgten Versetzungen unter anderem nach Tansania, nach Wien und Thailand. Von 1977 bis 1981 arbeitete er zum zweiten Mal an der Botschaft in Bonn, diesmal im Range eines Ministers. Seit 1981 war er Botschafter in Italien. Es versteht sich, daß Botschafter Waheed fließend deutsch spricht.

Wie der Umwelt konsequent geholfen werden kann, steht nicht in den Sternen, sondern in dieser Anzeige:

Die richtigen neuen Automobile sind die für das umweltfreundlichste Fahren:

BMW 318i Katalysator 2türig/4türig, 325e Katalysator 2türig/4türig, 525e Katalysator, 535i Katalysator, M 535i Katalysator, 635CSi Katalysator, 735i Katalysator – alle mit neuester europäischer Katalysator-Generation.

Alle Modelle sind auch mit Automatic sowie zur späteren Umrüstung vorerst ohne Katalysator lieferbar.

Messen Sie die Zukunftssicherheit eines Automobil-Programms an seinen Umweltqualitäten.
Prüfen Sie – auch bei neuen Modellreihen – inwieweit hier höhere Ansprüche erfüllt werden: durch modernste elektronische Triebwerkssteuerungen, durch ein umfangreiches Angebot an Katalysator-Modellen neuester Generation, *durch genügend Fahrzeuge*, die vorgerüstet für einen späteren Katalysatorbetrieb angeboten werden oder auf der Basis leistungsfähiger Triebwerks-Elektronik für das Nachrüsten anderer emissionsabsenkender Maßnahmen geeignet sind.
Während die Katalysatortechnik noch diskutiert wurde, haben wir sie bereits perfektioniert.
Ein Vorsprung, der sich vielfach auszahlt.
Denn ganz besonders, wenn man gesteigerte Ansprüche an die Leistungsfähigkeit von Automobilen stellt, muß die Katalysatortechnik höchsten Anforderungen genügen.
Und hier hat BMW praktisch einzigartige Erfahrung: Bereits weit über 300.000 BMW wurden erfolgreich mit dieser Technik ausgerüstet.
Als Ergebnis dieser überlegenen Erfahrung bietet BMW in der Bundesrepublik die neueste europäische Katalysator-Generation.
Sie können sicher sein, daß die Katalysatortechnik von BMW sorgfältig auf die Bedingungen und Geschwindigkeiten unseres Straßenverkehrs abgestimmt ist.
Und wenn Sie sich noch nicht für ein Katalysator-Fahrzeug entscheiden wollen – als Technologie-Führer für modernste elektronische Triebwerkssteuerungen gibt Ihnen BMW alle Voraussetzungen, sich auf beste Weise die Optionen für nachträgliche Um- und Nachrüstungen offenzuhalten. Mit BMW Katalysatortechnik gehen Sie kein Risiko ein.
Was die Umwelt jetzt am meisten braucht, sind Menschen, die entschlossen handeln.
Lassen Sie sich nicht vertrösten – übernehmen Sie die Initiative als *Autofahrer und Autokäufer*.
BMW gibt Ihnen die Sicherheit, im ökologischen Sinne richtig und im ökonomischen Sinne klug entscheiden zu können.
Der Fortschritt braucht Vorbilder.
Geben Sie eins, indem Sie eins fahren: ein BMW Katalysator-Modell.

Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



NACHRICHTEN

Otto nach Italien

Berlin (sid) – Frank Otto, Torschützenkönig des sechsmaligen deutschen Wasserballmeisters Spandau 04 Berlin, hat beim italienischen Erstligaklub Bari Nantes Camogli einen Vertrag unterschrieben. Der 27jährige erhält für ein halbes Jahr ein Bruttogehalt von 17 000 Dollar.

Grüner nach Nürnberg

Nürnberg (dpa) – Torhüter Roland Grüner (21) wird in der Rückrunde den 1. FC Nürnberg (Zweite Liga) verstärken. Darauf und auf eine Leihgebühr von rund 30 000 Mark einigten sich die Nürnberger mit Grüners bisherigem Klub 1. FC Kaiserslautern.

Sieg für Olga Nemes

San Marino (sid) – Die für den MTV Stuttgart spielende rumänische Tischtennisspielerin Olga Nemes (16) hat in San Marino das erste europäische Jugend-Ranglistenturnier „Top 12" gewonnen. In zwölf Begegnungen siegte Olga Nemes elfmal.

Kinshofer macht weiter

Rosenheim (sid) – Christa Kinshofer, die für Holland startende deutsche Ski-Rennläuferin, will trotz einer Knieoperation auch weiterhin Rennen fahren. Christa Kinshofer hatte eine Trainingsverletzung verschleppt und muß nun nach einer (ihrer zweiten) Operation eine vierwöchige Rennpause einlegen.

Claudia Kohde gescheitert

Washington (UPI) – Die Saarbrükkener Tennisspielerin Claudia Kohde scheiterte in der ersten Runde des Turniers von Washington. Sie unterlag der Amerikanerin Kathy Rinaldi 5:7, 7:6, 7:9, 1:6.

ZAHLEN

FUSSBALL

Italienische Meisterschaft: Lazio Rom – AC Mailand 0:1. – **Freundschaftsspiel:** Stade Rennes – Hamburger SV 1:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 918 123,10, 2: 82 205,20, 3: 7578,10, 4: 126,90, 5: 9,40. – **Toto, Elferwette:** 1: 95 025,60, 2: 1657,40, 3: 134,40. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 187 167,20, 2: 62 389,00, 3: 2210,60, 4: 49,00, 5. 4,90. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 2444,90, 2: 407,40, Rennen B: 1: 285,20, 2: 56,20. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 194 489,40. (Ohne Gewähr)

EISHOCKEY / Verein rückt von seinem Arzt ab

Doping-Vorwürfe sind „Brunnenvergiftung"

DW. Bonn

Die öffentliche Diskussion über die Brutalität im deutschen Eishockey führt jetzt offensichtlich zu Reaktionen des Verbandes. Der Kontrollausschuß des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) hat deftige Sperren für drei Landshuter und einen Rosenheimer Spieler beantragt, die nach seiner Ansicht eine Massenschlägerei beim Spiel beider Klubs am 25. November zu verantworten haben. Am Samstag wird über folgende Anträge verhandelt: Manfred Ahne (Rosenheim) soll als Anstifter 18 Spiele gesperrt werden, die Landshuter Alois Schloder und Bernd Englbrecht für acht und sechs Spiele für Fouls mit Verletzungsfolge. Erich Kühnhackl erwartet eine Sperre für vier Spiele, weil er einen Linienrichter bedroht haben soll.

Diese deftigen Strafanträge stehen vor dem Hintergrund des Fouls von Roy Roedger (Mannheim), der den Kölner Steve McNeil am Auge schwer verletzte (die WELT berichtete). Auch hier scheint der Kontrollausschuß bereit, Klage zu erheben, obwohl der Schiedsrichter nicht auf einen Regelverstoß entschieden hatte.

Diese – mögliche – harte Welle lenkt etwas ab von den Vorwürfen, einige Spieler putschten sich mit Amphetaminen auf, die der Kölner Mannschaftsarzt Herbert Plum erhoben hatte. Plum muß jetzt sogar um seinen Posten fürchten. Kölns Geschäftsführer Helmut Bauer („Wir sind stocksauer über die Art, wie der Doktor vorgegangen ist") sprach von „Brunnenvergiftung" und distanzierte sich von den Angriffen des Arztes „total". Im Namen des Vorstandes hat sich Bauer telefonisch bei den vier von Plum genannten Klubs (Düsseldorf, Mannheim, Landshut, Schwenningen) von den Worten des Arztes distanziert. Bauer: „Wir werden uns darüber unterhalten, ob Doktor Plum weiter im Amt bleiben kann."

Plum erhielt dagegen Unterstützung vom international anerkannten Schiedsrichter Josef Kompalla. Auch er berichtete von Spielern „mit erstarrten Gesichtern wie von Wachsfiguren und mit Schaum vor dem Mund". Plum selbst („Die Drohungen, die ich in den letzten Tagen erhielt, sind sehr massiv") reagierte gelassen: „Erstens bin ich kein Offizieller, und zum anderen verstehe ich die Aufregung nicht. Da Doping im Eishockey nicht verboten ist, werfe ich rein formaljuristisch auch niemandem ein Vergehen vor. Mir geht es nur darum, daß das heiße Eisen angepackt wird."

Für einen Vereinsvertreter ist das Eisen wohl eher zu teuer als zu heiß. Landshuts Geschäftsführer Walter Ranke: „Doping-Kontrollen sind ja gut und schön. Aber wer soll denn die 2500 Mark für die Untersuchungen der Urinproben pro Heimspiel bezahlen?"

FUSSBALL / Raducanus Kampf um die Familie

Frau und Sohn durften Rumänien verlassen

sid/DW. Dortmund

Vor zehn Tagen erhielt Marcel Raducanu (30) einen Anruf von seiner Frau Nicolina aus Bukarest. Das Gespräch war kurz: „Sei am Samstag um halb neun auf dem Bahnhof in Dortmund." *Mehr nicht, keine Erklärung.* Raducanu ging hin, eine Woche lang hatte er zwischen Hoffen und Bangen gelebt. Irgendein rumänischer Landsmann, der in die Bundesrepublik ausreisen durfte, mit einer Nachricht von der Familie? Oder doch Frau und Sohn, die er nicht mehr sehen durfte, seitdem er sich am 31. Juli 1981 in Hannover von seiner Mannschaft, dem mehrmaligen Landesmeister Steaua Bukarest, abgesetzt hatte?

Alt-Bundespräsident Karl Carstens hatte sich für die Familien-Zusammenführung eingesetzt, Willy Brandt ebenso wie Berthold Beitz, der wegen seiner guten Ost-Kontakte zum Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees gewählt wurde. Stets vergebens. Am letzten Samstag aber stiegen tatsächlich Nicolina Raducanu und Sohn André-Philip aus dem Zug. Marcel Raducanu, der bei Borussia Dortmund sein Geld verdient und technisch einer der besten Spieler der Fußball-Bundesliga ist, sagt: „Nicolina und ich haben auf dem Bahnsteig geweint wie glück-liche Kinder. Mein Sohn stand mit großen Augen dabei. Er hat seinen Papa nicht erkannt. Schließlich war er ja nicht einmal zwei Jahre alt, als er mich zum letztenmal gesehen hat."

Diese Szene auf dem Dortmunder Bahnhof beendet eine Situation, die den 26maligen rumänischen Nationalspieler immer wieder in tiefe Depressionen gestürzt hatte: „Manchmal war ich so verzweifelt, daß ich sogar mit dem Gedanken spielte, freiwillig nach Rumänien zurückzukehren." Er bot sich an, für Rumänien zu spielen, schlug den Bukarester Behörden vor, einen Teil seines Gehaltes (etwa 350 000 Mark im Jahr) abzuliefern, um einen Status zu erreichen wie Tennis-Star Ilie Nastase. Vergebens. Raducanu, Major der rumänischen Armee, war nach seiner Flucht zu fünf Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Haus und Auto wurden beschlagnahmt.

Raducanus Leistungen waren stets abhängig von seinen Gefühlen. In Zeiten der Hoffnung, nach einem neuen Ausreiseantrag für Frau und Sohn, erhielt er das Prädikat „Weltklasse", wenn er Heimweh und wieder einmal lange mit Nicolina telefoniert hatte (Telefonrechnung bis 1000 Mark im Monat), ließ er Kopf und Schultern hängen und lief müde dem Ball hinterher.

Warum die rumänischen Behörden Frau und Sohn plötzlich nun doch ausreisen ließen, bleibt ein Rätsel. Nicolina Raducanu: „Ich bekam meinen Paß und die Ausreise-Aufforderung, durfte aber in eine Reisetasche nur das Notwendigste einpacken."

SCHACH / WM

Karpow ahmte nur Kasparows Spiel nach . . .

LUDEK PACHMAN, Bonn

Zwei Dinge sind an der 39. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Karpow und Garri Kasparow erstaunlich: Karpow ahmte in der bereits zum Überdruß wiederholten Tartakower Variante mit einer unwesentlichen Zugumstellung den Aufbau seines Gegners aus der 38. Partie nach, ohne Neues entdeckt zu haben. Und er setzte die Partie ohne reale Gewinnchancen fort, obwohl beide Gegner bisher gewöhnlich sehr schnell ein Remis akzeptierten. Eine neue Taktik? Die Partie wurde im 41. Zug abgebrochen.

Die Notation (Weiß Karpow, Damengambit): **1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Lg5 Le7, 5.Sc3 h6, 6.Lh4 0-0, 7.e3 b6, 8.Le2 Lb7, 9.Lxf6 Lxf6, 10.cxd5 exd5, 11.0-0 . . .**

In der vorangegangenen Partie setzte Kasparow sofort mit b4 fort. In meinen Anmerkungen erwähnte ich, daß Weiß diesen Vorstoß verzögern kann. Nur einen einzigen Zug hält sich Karpow an diese „Empfehlung".

11. . . . Sd7, 12.b4 . . .

Nun kommt es zur selben Stellung wie in der vorigen Partie. Die mögliche Alternative ist 12.Tc1.

12. . . . c5, 13.bxc5 bxc5, 14.Tb1 Lc6, 15.Lb5 Dc7, 16.Dc2 Tfd8, 17.Tfc1 Tab8, 18.a4 Dd6, 19.dxc5 Sxc5, 20.Lxc6 Dxc6, 21.Sb5 Le7, 22.Sxa7 . . .

Erst jetzt weicht Karpow von Kasparows Spiel in der letzten Runde ab – seine Fortsetzung ist noch harmloser als Kasparows 22.Df5.

22. . . . Da6!,

Besser als sofort Dxa4, 23.Dxa4 Sxa4, 24.Sc6 Txb1, 25.Sxe7+ Kf8, 26.Sg6+ fxg6, 27.Txb1 und Schwarz hat im Endspiel Schwierigkeiten.

23.Sb5 Dxa4, 24.Dxa4 Sxa4, 25.Sfd4 Td7, 26.Sc6 Tb6,

Trotz des isolierten Damenbauern hat Weiß keine ernsten Gewinnchancen. Nach Eroberung dieses Bauern wäre ein Remis bei 4:3 Bauern an einem Flügel unwahrscheinlich.

27.Sbd4 Lf6, 28.Txb6 Sxb6, 29.Tb1 Sa4, 30.g3 Sc5, 31.Kg2 g6, 32.Sf3 Td6, 33.Scd4 Se6, 34.Tb8+ Kg7, 35.Sb3 Td7, 36.Tb5 Lc3, 37.Se1 Sg5, 38.Se2 Se4, 39.Tb3 Tc7, 40.Tb5 Td7, 41.Sf4 abgebrochen.

Zwar geht nun 41. . . . d4 nicht – wegen 42.exd4 Lxd4, 43.Tb4 mit Figurengewinn. Aber 41. . . . Sf6 ist eine völlig ausreichende Verteidigung.

RALLYE

Porsche richtet Luftbrücke für Ersatzteile ein

sid, Tamanrasset

Porsche scheut keine Mühen, um seinen von Defekten gebeutelten Werkteams bei der Rallye Paris–Dakar zu helfen. Vorstandsmitglied Helmut Bott hat mit einer kurzfristig eingerichteten Luftbrücke Spezialteile nach Tamanrasset (Algerien) gebracht. Es handelt sich um die Bolzen der oberen hinteren Dreieckslenker. Weil diese Fahrwerkteile der zu schwachen Hinterachse mehrfach brachen, wurden die erstmals eingesetzten Wagen des vierradgetriebenen Typs 959 von Jacky Ickx (Belgien), René Metge (Frankreich) und Jochen Mass (Bad Dürkheim) weit zurückgeworfen.

Bei Porsche las sich die Serviceliste wie eine Aufzählung von Totalschäden. Ickx' Wagen meldete zwei abgerissene Querlenkerbefestigungen, Metge Bolzenschaden am Querlenker, Mass beidseitig abgerissene Hinterachsträger und einen kompletten Bruch des Hinterachsquerträgers.

Die von Bott mitgeführten Ersatzteile sind im Porsche-Versuchszentrum Weissach in Sonderschichten angefertigt worden. Statt Aluminium wurde Stahl als Werkstoff verwendet. Porsche-Rennchef Peter Falk: „Beim Testen sind immer die hinteren Lenker gebrochen. Die haben wir verstärkt. Jetzt brechen uns die Bolzen, weil wir leider die zweitschwächste Stelle nicht gefunden haben."

Nach Behebung der Schäden begann die Aufholjagd der Porsche-Teams. Ickx gewann die 239 km lange Sonderprüfung von In Amguel nach Tamanrasset. Der französische Vorjahressieger René Metge belegte hinter Jean-Pierre Jarier (Frankreich/Mercedes 280) Platz drei. Jochen Mass kam allerdings nicht unter die ersten zehn.

In der Gesamtwertung behauptete der belgische Opel-Fahrer Guy Colsoul die Führung. Der ehemalige deutsche Rallye-Meister Erwin Weber (Opel Manta) fiel vom dritten auf den fünften Platz zurück. Sein Rückstand auf Colsoul beträgt 44 Minuten. Weber: „Die Pisten sind brutal hart, mit unseren Wagen aber gut zu fahren. Im Wüstensand wird das auch mit Zweiradantrieb weitergehen, solange man nicht den Schwung verliert. Notfalls muß man so lange im Kreis herumfahren, bis man die beste Passage gefunden hat."

STAND ● PUNKT / *Judoka im Fußball – sanfter Weg oder Härte?*

Als er noch auf der Matte stand, damals, als ihn die Japaner den blonden Samurai nannten, verblüffte er durch zweierlei Dinge: durch überfallartige Attacken oder durch zähes Gerangel – dem Gegner blieb dabei meist die Puste weg. Als er Funktionär im Deutschen Judo-Bund (DJB) wurde, glich seine Taktik auf dem steten Weg nach oben der auf der Matte. Die Methode hatte Sinn: Klaus Glahn, 42 Jahre alt und noch immer Deutschlands renommiertester Judoka aller Zeiten, erklomm die Position eines Verbands-Vizepräsidenten. Nun hat er das Metier gewechselt: Glahn wurde Manager des abstiegsbedrohten Fußball-Bundesligaklubs aus Braunschweig.

Magenbitter-Mast, Glahns neuer Dienstherr, hat gesagt, warum er den Judokämpfer an die Spitze seiner Fußballabteilung stellt: „Glahn ist eine sportliche Kapazität. Ich bin sicher, bei ihm ist die Tour der Streicheleinheiten durch unsere Mannschaftsleitung vorbei." Ob sich der Likör-Lieferant da geirrt hat? Glahn schlug ganz andere Töne zur Amtsübernahme an: „Mit dem Knüppel werde ich nicht dazwischenschlagen." Der sanfte Weg als langer Marsch?

Man sollte sich da nicht täuschen. Glahn hat nämlich so ganz beiläufig auch gesagt: „Bisher sind nicht alle sportlichen Substanzen ausgereizt. Die Mannschaftsspieler müssen lernen, wie ein Einzelkämpfer sich bis zuletzt auszugeben." Das genügt fürs erste als Programm, denn der große Blonde – mild in der Art, aber hart in der Tat – wird den Braunschweiger Spielern demnach einbimsen, was er als Judokämpfer gelernt hat: Wenn *schon mal k.o., dann wenigstens stehend k.o.*

Ob das reicht? Ob die alte Judo-Weisheit „Erst sich selber besiegen, dann den Gegner" ein Rezept für den Abstiegskampf von Fußballprofis sein kann? Glahns Einsatz, so scheint's, verdient auf alle Fälle Respekt, denn verlieren kann er dabei viel. Aber auch das kann täuschen. Denn Glahn hat nie Vanbanque gespielt. Er hat zwar oft alles auf eine Karte gesetzt, doch war er dann auch im Besitz des höchsten Trumpfes.

K.Bl.

Diskussion über die Kontaktsperre

■ Fortsetzung von Seite 1

begrüßte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann, ausdrücklich die Wernitz-Überlegungen. Sie stünden allerdings „in krassem Widerspruch" zu einem jüngst von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf.

Fast genauso wie heute verliefen auch die politischen Fronten im Herbst 1977 bei Erlaß des Kontaktsperre-Gesetzes, das wie die übrigen Regelungen zur Bekämpfung des Terrorismus endgültig unter dem Eindruck des Mordes an Hanns-Martin Schleyer und dessen Begleitern entstand. Damals gab es im Bundestag eine breite Mehrheit aus Union und SPD mit abweichenden Voten einer sozialdemokratischen Minderheit und in der Koalition mit der SPD noch verbundenen FDP-Abgeordneten.

Das jetzt aus der Vergessenheit geholte Gesetz ermöglicht es, inhaftierte Personen befristet von jeglichem Kontakt mit der Außenwelt und mit inhaftierten Gesinnungsgenossen abzuschneiden, wenn „eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person" von einer terroristischen Vereinigung ausgeht. Während der generell auf 30 Tage eingeschränkten Frist dürfen auch keinerlei Besuche der Anwälte ermöglicht werden.

Gerade dieser letzte Punkt war damals strittig. Die FDP hatte während der zweiten Lesung des Gesetzes überraschend den Antrag eingebracht, Pflichtverteidiger von dieser Kontaktsperre auszunehmen. Sie wurde jedoch gemeinsam von Union und SPD überstimmt. Zu den Sozialdemokraten, die 1977 ihre Ablehnung des Gesetzes durch Stimmenthaltung ausdrückten, gehörten fast alle Vertreter des linken Flügels, u. a. Peter Conradi, Harald Schäfer und Heide Simonis. Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger mahnte damals in einem Zeitungsartikel ihre Parteigenossen: „Wehret den Anfängen!" Es sei fälschlich der Eindruck erweckt worden, als ob „der Rechtsstaat aus Gründen der Terrorismusbekämpfung unterhöhlt" werde. An dieser Argumentationslinie entlang wird voraussichtlich auch jetzt wieder argumentiert werden. Die Regierung hat Justizminister Engelhard den Auftrag zur Überprüfung des Kontaktsperre-Gesetzes gegeben.

Delors will vor allem das EWS weiterentwickeln

„Währungspolitik eng mit Arbeitslosigkeit verbunden"

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) zählt zu den wichtigsten Zielen, die sich der neue Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, gesetzt hat. In seiner ersten Pressekonferenz in Brüssel ließ Delors jedoch erkennen, daß er nicht an spektakuläre neue Initiativen denkt, sondern an geduldige Überzeugungsarbeit mit Bonn und anderen Hauptstädten.

Die Gründung des EWS sei die einzige bedeutende Neuerung in Europa im letzten Jahrzehnt gewesen, sagte der frühere französische Finanzminister. Es dürfe schon deshalb nicht in ein „Museum für Entdeckungen" gesteckt werden. Die Gemeinschaft könne es auch nicht zulassen, daß sich die private Verwendung der Europäischen Währungseinheit (Ecu) „in anarchischer Weise" entwickle. Als deren Schöpferin habe die Europäische Gemeinschaft eine direkte Verantwortung.

Nach Meinung von Delors würde eine Konsolidierung des EWS nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu einer stabileren internationalen Währungsordnung darstellen, sondern auch innerhalb der Gemeinschaft das Wirtschaftswachstum fördern. Es gebe zwischen den Problemen der Währungspolitik und der Arbeitslosigkeit „eine engere Verbindung als man glaubt". Davon müsse er allerdings die Regierungen noch überzeugen.

Insgesamt sieht Delors seine Einflußmöglichkeiten realistisch. Er wolle weder ein Schausteller sein noch unüberlegte Versprechungen machen, noch werde er einem „Europessimismus" verfallen. Die Aufgabe der Kommission sei es vor allem, als Multiplikator zu wirken. Eine programmatische Erklärung will Delors, der gestern eine Delegation von Unternehmern empfing, am 14. Januar vor dem Straßburger Europaparlament abgeben.

Von den 14 Mitgliedern der EG-Kommission haben nur drei (der Deutsche Karl-Heinz Narjes, der Italiener Lorenzo Natali und der Holländer Frans Andriessen) schon bisher der Europa-Exekutive angehört.

Weiter Schweigen in Genf

● Fortsetzung von Seite 1

mit befaßten Beamten und Politiker einen Revers unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, jede Mitteilung an Außenstehende im Zusammenhang mit der Verhandlungsmaterie zu unterlassen. Dahinter stand das Motiv, den Sowjets diesmal weder propagandistische Vorwände noch verhandlungstaktische Vorteile durch in Washington sonst weit verbreitete Indiskretionen zuzuspielen. Diese Aktion hat bisher ausgezeichnet funktioniert.

So kam es, daß im amerikanischen Pressenzentrum im Genfer Interconti-Hotel gestern nachmittag noch niemand wußte, ob und wann eine Unterrichtung der akkreditierten Korrespondenten über Verlauf und Ergebnisse der zweitätigen Außenministergespräche stattfinden würde.

*

DW, Moskau

Die sowjetische Presse hat gestern die Genfer Gesprächsrunde kaum beachtet. Das Parteiorgan „Prawda" und alle anderen überregionalen Zeitungen veröffentlichten lediglich eine vier Zeilen lange Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass, die Gespräche über Rüstungskontrolle hätten begonnen. In den Fernsehnachrichten wurden die beiden Außenminister nur kurz zusammen in der sowjetischen UNO-Botschaft gezeigt.

Unterdessen wurden in der „Prawda" die Angriffe auf die amerikanische Rüstungspolitik und vor allem auf Präsident Ronald Reagans Pläne für ein im Weltraum stationiertes Raketenabwehrsystem fortgesetzt. Profitable Verträge, die die US-Luft- und Raumfahrtindustrie erhalten habe, führten bei den Herstellern zu einem großen Interesse, das System auch zu entwickeln: „Es ist völlig absurd, anzunehmen, daß jemand in den Chefetagen der Korporationen des militärisch-industriellen Komplexes auch nur für einen Bruchteil einer Sekunde auf die Idee kommt, bei der Lösung des drängendsten Problems der Menschheit zu helfen – das Wettrüsten einzuschränken."

Gesamtmetall setzt auf Karlsruhe

Empört über Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts / Revision zu Warnstreiks zurückgezogen

PETER GILLIES, Bonn

Im Rechtsstreit um die Zulässigkeit von Warnstreiks wollen die Arbeitgeber der Metallindustrie keineswegs aufgeben, sondern mit aller Energie eine korrigierende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erwirken. Aus Gründen der Prozeßökonomie zogen sie jedoch ihre Revisionen vor dem Bundesarbeitsgericht, wo sie gegen die IG Metall unterlagen, zurück.

Durch verwirrende Meldungen war in dieser Woche der – unzutreffende – Eindruck entstanden, als würden die Arbeitgeber in dieser Frage vor der IG Metall rechtlich kapitulieren. Diesem Eindruck widersprach der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) gestern ausdrücklich.

Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) hatte am 12. September 1984 überraschend deutlich Warnstreiks für zulässig erklärt. Ferner sprach das Gericht den Arbeitgeberverbänden ein verbandliches Klagerecht ab. Damit setzte sich die IG Metall gegen Gesamtmetall durch, und die gewerkschaftliche Taktik der „neuen Beweglichkeit" war arbeitsrechtlich legitimiert.

In der Klage ging es um Warnstreiks des Jahres 1981 mit Schäden von rund 110 Millionen Mark. Das Gericht wies die Klagen der Arbeitgeber mit der Begründung fehlenden rechtlichen Interesses zurück. Unbegründet sei auch der Gesamtmetall-Antrag, Warnstreiks vor dem Scheitern von Tarifverhandlungen zu verbieten. Auch Lehrlinge hätten, so die Arbeitsrichter, grundsätzlich ein Streikrecht. Der Senat bekräftigte zwar seinen Grundsatz vom Streik als letztem Mittel eines Arbeitskampfes („ultima-ratio-Prinzip"), freilich gelte er nicht uneingeschränkt. Warnstreiks seien zulässig, wenn mit ihnen ein „milder Druck" ausgeübt werde.

Während die IG Metall den BAG-Spruch mit „großer Befriedigung" zur Kenntnis nahm, reagierten die Arbeitgeber mit Empörung. Organisierte Arbeitsniederlegungen während laufender Tarifverhandlungen verschöben das Gleichgewicht zwischen den Tarifpartnern auf gefährliche Weise. Noch bevor alle friedlichen Mittel eines Tarifkampfes ausgeschöpft seien, könne die Gewerkschaft risikolos die Arbeitgeber unter Druck setzen. Das sei eine Art neuen Erzwingungsstreiks, gegen den die Arbeitgeber über keine Waffe verfügten.

Der BAG-Spruch hatte noch im September eine politische Debatte in Bonn über die Frage ausgelöst, ob nicht der Gesetzgeber seine Zurückhaltung aufgeben und das Arbeitskampfrecht gesetzlich regeln sollte. Vor dem Hintergrund des schweren Arbeitskampfes 1984 befürchteten nicht nur die Arbeitgeber, daß die Gewerkschaften mit diesem „Freibrief" die Wirtschaft nach Belieben mit Streiks überziehen könnten, was den sozialen Frieden nicht sichere, sondern gefährde.

Die Arbeitgeber legten Revision ein, worüber das BAG am 15. und 29 Januar 1985 erneut verhandeln sollte. Da jedoch der gleiche Erste Senat darüber befände, scheint Gesamtmetall das Ergebnis – eine erneute Niederlage – absehbar. Deshalb zogen die Arbeitgeber die Revision zurück, denn „da kommen doch nur erhebliche Kosten heraus", meinte Werner Glaubitz, Justitiar von Gesamtmetall gestern.

Die Metall-Arbeitgeber setzen daher ihre Hoffnung jetzt auf das Bundesverfassungsgericht. Sie argumentieren, mit der Duldung von Warnstreiks habe das Bundesarbeitsgericht das Ultima-Ratio-Prinzip, das es einst selbst aufgestellt habe, auf gefährliche Weise durchlöchert und damit die Tarifautonomie gefährdet. Von den Eckpfeilern des Arbeitskampfrechts – Friedenspflicht, Ultima-Ratio-Grundsatz des Streiks, Urabstimmung vor einem Arbeitskampf – sei einer brüchig geworden. Durch die Duldung von Warnstreiks sei in der Realität ein neues Kampfinstrument entstanden. Dies müsse vom Bundesverfassungsgericht korrigiert werden, meinen sie.

In ihrem verbandlichen Selbstverständnis fühlen sich die Arbeitgeber getroffen, weil ihnen das BAG ein eigenes Klagerecht absprach. Sie dürften mit den Gewerkschaften zwar Verträge schließen, Verhandlungen führen und Absprachen treffen, nicht jedoch als Rechtspersönlichkeit vor Gerichten auftreten.

Sowjetkreuzer für Indischen Ozean

rtr, Hongkong

Die sowjetische Marine will offenbar einen großen atomgetriebenen Schlachtkreuzer der neuesten Bauklasse im Indischen Ozean stationieren. Nach Angaben aus westlichen Militärkreisen handelt es sich dabei um den 24 000-Tonnen-Kreuzer „Frunse", der in die kampfstärkste sowjetische Flotte im Pazifik eingegliedert werden soll. Das Schlachtschiff sei im letzten Halbjahr sowohl in der Ostsee als auch im Nordatlantik getestet worden. Nur die sowjetische Marine verfügt unter den atomgetriebenen Kreuzern und Flugzeugträgern über eine solche schwere Schiffsklasse. Der neueste US-Kreuzer „Ticonderoga" hat 9500 Tonnen.

Bürgerrechtlerin droht Verbannung

DW, Bonn

Der 39jährigen russische Bürgerrechtlerin Irina Griwnina drohe die Ausweisung aus Moskau und möglicherweise erneute Verhaftung. Ihr Mann, Wladimir Neplechowitsch, habe zumindest mit dem Verlust des Arbeitsplatzes zu rechnen, da nach Auffassung der sowjetischen Behörden Frau Griwnina mit ihrer Tochter illegal in Moskau bei ihrem Mann lebt und somit gegen das Paßgesetz verstößt. Dies teilte jetzt die Menschenrechtsorganisation „Kontinent" mit. Irina Griwnina hatte fünf Jahre in der Verbannung verbringen müssen. Ihrer Familie wird seit über einem Jahr die Ausreise in den Westen verweigert.

London schließt zwei Konsulate

dpa, Bonn

Bei einer Neuordnung der britischen konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik sind das Generalkonsulat in Stuttgart und das Konsulat in Hannover geschlossen worden. In beiden Städten werden künftig Honorar-Generalkonsuln amtieren, teilte gestern die Botschaft Großbritanniens in Bonn mit. Zum Honorar-Generalkonsul in Stuttgart ernannte der britische Botschafter inzwischen den Vorsitzenden der Standard Elektrik Lorenz AG, Helmut Lohr. Zum Honorarkonsul in Freiburg wurde Adolf McCarthy ernannt. Der bisherige britische Generalkonsul Brian Rose wird Stuttgart am Freitag verlassen.

Worms macht Wirtschaft zum Wahlkampfthema

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die CDU in Nordrhein-Westfalen will mit einem betont auf die Wirtschaft bezogenen Programm in den Landeswahlkampf ziehen. Ihr Spitzenkandidat Bernhard Worms rechnet damit, daß er damit das Vertrauen der Wähler in die größere Kompetenz der Union in allen ökonomischen Fragen, wie sie sich in den letzten Umfragen dokumentierte, in einen Wahlsieg seiner Partei ummünzen kann.

Die CDU wolle „einen Weg zeigen, um die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre zu überwinden, und den Bürgern Vertrauen in eine bessere Zukunft vermitteln", erklärte Worms. Nordrhein-Westfalen habe nach fast 20jähriger SPD-Herrschaft seine führende Rolle in der Bundesrepublik verloren. Der sozialdemokratischen Landesregierung warf er vor, die Chance des technischen Wandels aus ideologischen Gründen erschwert und blockiert zu haben. Dies sei nicht nur an der jüngsten Entwicklung in der Medienpolitik ablesbar. Unter dem Motto „Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Aufschwung sichern: Die Zukunft gewinnen" folgt die Landes-CDU den Zielsetzungen der Bundesrepublik. Im Zusammenwirken mit Bonn will Worms vor allem die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessern. Dabei lehnt sich seine Partei eng an die Thesen des Vorsitzenden der rheinischen Wirtschaftsvereinigung, Peter Jungen, (WELT v. 20.12.1984). Ohne die Säulen Kohle, Stahl, Maschinen- und Anlagebau zu vernachlässigen, setzt die CDU auf „regionale Kraftfelder", auf Schlüsseltechnologien durch verstärkte Forschung und vereinfachten Technologietransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft sowie auf eine neue „Gründerwelle" durch vereinfachte Steuergesetzgebung.

Worms erneuerte seinen Vorschlag für eine Landesstrukturbank, die als Risiko-Finanzierungsbank beim Wirtschaftsminister angebunden werden soll. Die Union wird auch ernst mit ihrem Versprechen machen, Subventionen nur noch als „Hilfe zur Selbsthilfe" zu gewähren. Alle bestehenden Subventionen sollen zunächst linear um fünf Prozent gekürzt werden. Worms baut darauf, daß das Konzept „Bund und Land, Hand in Hand" zum Wohle von NRW besser greift als die Obstruktionspolitik der SPD gegen Bonn.



